

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk., einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Anzeigenpreise:
Die gewöhnliche Reizeile 25 Pfg., für auswärtig 30 Pfg., die zweifache Reizeile 50 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 22

Danzig, Sonnabend den 7. Juli 1917

8. Jahrgang

Non olet!

Von Berliner Prozeß Kupfer.

Dichter, Gesellschaftskritiker — seht und bewundert die Kunst des Lebens, Satiren zu schreiben! Ihr Millionen an der Front wie im Hinterlande, die ihr hineingeschleudert in einen grauenhaften Kampf um eure Erhaltung, in heißer Seelennot an der Frage nach dem Zwecke des wahnsinnigen Unternehmens grübelt, müßt ihr nicht gestehen, daß sich die Tochter des Grundstückspekulanten besser auf den Geist ihrer Zeit verstanden hat!?

— Und ist doch auch nur eine Lörin und ein Opfer zugleich. Wer Frau Kupfer im Schwurgerichtssaal von Moabit zu sehen Gelegenheit hat, weiß, daß sie weniger an moralischer Schuld als an der Tragik ihres Geschicks zu tragen hat. Sie ist weniger eine Hochstaplerin, als eine echte Bourgeoise, die den Geldinstinkt mit der Muttermilch eingesogen hat und mit allen Wassern kaufmännischer Tugenden gewaschen ist. Dem Anreiz der Konjunktur konnte ihr Talent nicht widerstehen; es „legal“ zu betätigen, hat sie ersichtlich den guten Willen gehabt, aber es sehite an Geld.

Wenn du aber gar nichts hast,
Ach, so lasse dich begraben,
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben!

Diese Logik ist ihr wohl zu hart gewesen. Die andere Folgerung hat sie gezogen. Sie täuschte glänzende Geschäfte vor, bei denen in einem Monat 60 Prozent (!!) zu verdienen waren. Die Geldgeber waren wie Fliegen um den Honig. Weder die dürftigen Unterlagen noch die Fälschungen der Kupferschen Machenschaften weckten ihr Gewissen — oder vielmehr ihr Mißtrauen. „Ich habe ein unbegrenztes Vertrauen zu Frau Kupfer gehabt, zudem handelte es sich um den guten Zweck, Nahrungsmittel nach Deutschland hereinbringen zu helfen! So hielt ich die Unterstützung für eine patriotische Pflicht.“ sprach Frau Wille, geb. Körting. Dabei hat sie über 100 000 Mk. verdient und derzeit auf Einlösung von 900 000 Mk. Wechsel bestanden. Nach jeweiligem Ablauf einer zehntägigen Frist verzinst sich das eingelegte Kapital wie die im Geschäft belassenen Zinsen von neuem. Die Ansprüche der Gläubiger wuchsen ins Ungeheure. Mit verbüßender Naivität erklärte Frau Wille: „Wenn ich heute einen Schrank verkaufe und morgen wieder einen und so fort — und an jedem verdiene ich, wer will mir das verwehren?“ Es geht doch nichts über die Schlagkraft volkswirtschaftlicher „Gründe“. Und wie ergötzlich ist nicht folgendes Zwischenpiel: Der junge eifrige Verteidiger der Angeklagten macht dem Zeugen Fritz Körting den Vorwurf, Frau Kupfer ausgenutzt zu haben, worauf er sich vom Vorsitzenden in ziemlich schroffer Art belehren lassen muß, daß Fritz Körting nicht Frau Kupfer, sondern — die Konjunktur ausgenutzt hat!

Eine Anzahl von Zeugen ist durch den Umstand, daß sich ihnen die Sache auf die Gesundheit geschlagen hat, von der Zumutung befreit, einer Person vom Schlage der Kupfer gegenüberzutreten zu müssen. Andere Leute, wie der frühere Cafetier Mandel und der Kaufmann Ködiger beweisen durch ihre eisdliche Aussage, nach der sie sich wohl ganz genau auf die Höhe ihrer Einlagen, absolut jedoch nicht auf das Maß ihrer Gewinne befinden können (es handelt sich um Hunderttausende!), wie mangelhaft und engbegrenzt doch das Erinnerungsvermögen des menschlichen Gehirns ist.

Durch die Hände der Frau Kupfer sind sechsdreiviertel Millionen Mark Einlagen gegangen, die bis auf die von ihr persönlich verbrauchten 70 000 Mk. wieder in die Hände der Gläubiger zurückgefallen sind. Bei dem ganzen Geschäft ist die so geschickt Täuschende eigentlich die am meisten Gefäufelte. Mag über sie der Stab gebrochen werden. Ihre Schuld ist bedeutungslos gegenüber der Anklage, die gigantisch aus den Enthüllungen dieses Prozesses wächst.

Und ein — wenn auch ungewolltes — Verdienst soll ihr nicht geschmälert werden: Frau Martha Kupfer hat einen Schleier gezogen, hinter dem das keusliche Lächeln eines Molochs grinst, der eine ganze stöhnende Welt in seine wucherlichen Branten preßt. (B. 176.)

Sogar bürgerliche Blätter lassen sich aus Berlin schreiben: Der Prozeß Kupfer deckt eine Schmach auf, die wir Deutsche ganz besonders schmerzlich empfinden. In anderen Ländern mag der Dämon Kriegsgewinn nach viel wüster das stilkliche Empfinden verheert haben. Aber am deutschen Wesen sollte je einmal die Welt genesen. Der listigen Betrügerin wird das Gericht ihr Urteil sprechen. Die deutsche Öffentlichkeit aber muß verdammen den Haufen der Schmarozker, die mit ihr Geschäfte machten. Ob sie dabei gewonnen oder verloren haben, ob sie die Kupfer für „ehrlich“ hielten, ist gleichgültig. Im günstigsten Falle haben sie an einem ungeheuren

Wucher zum Schaden der Allgemeinheit teilzunehmen wollen. Sie haben sich mästen wollen an unerhört hohem, unredlichem Gewinn, den deutsche Militärbehörden zahlen sollten; also auf Kosten der deutschen Steuerzahler. Das Traurige, das Beschämende, das Niedererschmetternde aber ist daran: Die ihr Geld zu solchem Zweck der nur mittelmäßig schlaunen Gaunerin aufdrängten, die in ihrer blinden Gier auf die plumpsten Fälschungen hereinfielen, die Schlepper und die Provisionsjäger, die zum Teil auch wieder ihre eigenen Freunde betrogen — das waren nicht dunkle Ehrenmänner und „Schleiber“, sondern das waren Mitglieder der „guten Gesellschaft“. Die sittenverderbende Fäulnis hat weit um sich gegriffen. Der Prozeß Kupfer muß endlich den Stein ins Rollen bringen, der die unredlichen Kriegsgewinne zermalmt. Was kann die einzige Entschuldigungsrede der Kupfer-Schmarozker sein? Doch nur: andere hätten ja auch an Kriegslieferungen ohne eigene Arbeit Millionen im Handumdrehen verdient. Das ist leider wahr. Aber es ist auch wahr, daß die Empörung des Volkes sich gegen diese Wucherer wendet, daß von rechts bis links ein Urteil herrscht über diese Bluteget, die sich an den Kräften ihrer eigenen Landsleute vollsaugen. Einmütig hat der Reichstag die Einziehung der unrechtmäßigen Kriegsgewinne für die Reichskasse verlangt. Bisher zögerte die Regierung und brachte Bedenken gegen die Durchführbarkeit vor. Aber der Gedanke, der vom Abg. Schiffer-Magdeburg ausging, hat auch in wissenschaftlichen Kreisen immer festeren Fuß gefaßt. Der Prozeß Kupfer zeigt der Regierung, wie ihre Rauheit bereits demoralisierend gewirkt hat. Möge der Reichstag jetzt auf der sofortigen Ausführung seines Beschlusses bestehen! Das deutsche Gefühl für Redlichkeit und Reinlichkeit schreit nach Befriedigung.

„Unabhängige“ Friedensarbeit

Die Wahrheit hat grausame Rache an dem Zimmerwalder Häuptling Grimm geübt. Er konnte Deutschland garnicht genug als heimtückischen Friedensfeind denunzieren. Nun hat ihn sein eigener Freund Branting als Agent Deutschlands zur Strecke gebracht. Ähnlich geht es den ihm gleichgesinnten „unabhängigen“ in Deutschland. Die einzig wahren Friedensfreunde sind natürlich sie, die nicht einmal den Frieden in der Partei wahren konnten. Aber Stockholm sollte ihre Friedenslügen glänzen sehen. Zunächst gingen sie deshalb garnicht hin und verzögerten die Reise von Tag zu Tag aus — politischen Gründen. Dann folgten die heimtückischen Manschetten-Bomben ihres Zentralorgans der einst siegestrunken kriegsbegeisterten „Leipziger Volkszeitung“ zur Verunglimpfung des Friedenswillens der deutschen Sozialdemokratie. Sowie dann man wies ihrem gutbekannten Erzeuger im Parteiauschuß nach, daß er sich in seinem blinden Haß gegen die ehrliche Friedensarbeit der Sozialdemokratie mit dem Blut unzähliger unschuldiger Menschen bedeckt habe. Zur Antwort gestand die „L. V.“ durch einige Rohheiten über „Bekanntnisse einer schönen Seele“, daß die Anklage wohlbegründet sei. Da aber „unabhängige“ stets heldenmütig sind, so folgte der übliche weinerliche Sammer, daß „wir ihm jetzt nicht in der gehörigen Weise antworten können“. Diese Kränklichkeit kennzeichnet den Manschettenfälscher und seine Helfer.

Schließlich kam fast die ganze Elite der „unabhängigen“, mit Ausschluß der Arbeiter selbstverständlich, in Stockholm an. Nur die Oberproleten Herr von Gerlach und Wazimilian Harden alias Wittkowski fehlten. Was sie dort trieben, haben sie selbst in ihrer übertriebenen Bescheidenheit der Welt noch nicht verraten. Wohl aber wußte es das — „Berliner Tageblatt“. Dessen Bericht wird selbst von der „L. V.“ als zuverlässig nachgedruckt. Und man muß ehrlich gestehen: die Manschettenfälscher ist fälscherlich brutal selbst in Stockholm fortgesetzt worden! Rücksichtslos ist der Friede nirgends bekämpft, als dort von den Führern der Haase-Liute. Sie taten nichts anderes, als die deutschen Sozialdemokraten als unerhörliche Feinde des Friedens zu denunzieren und die beginnende Verländigung der Internationale zu hintertreiben. An Deutschlands Fronten aber strömt das Blut seiner Besten. Wie ist nur soviel Unmenschlichkeit und Gefühllosigkeit möglich, so im Namen des Friedens zu handeln!?

Haase selber, der Jurist, behauptete, daß er die Mehrheit des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion ständig zu einer ungewissen und entschiedenen Stellung zum Frieden drängen mußte! Weil er hartnäckigen Widerstand fand, mußte er schließlich die Fraktionsdisziplin durchbrechen! Der Revisionist, Zionist und trotzen unabhängige Klassenkampf-Revolutionär Bernstein forderte die Prüfung der Schuldfrage. Was schert es ihn, daß Millionen Männer, Frauen, Mädchen und Kinder die göttliche Sekunde segnen, die überhaupt den Frieden bringt. Haase und Bernstein wollen erst seelenruhig einige Monate die Schuldfrage prüfen,

als ob es sich um den ersten besten Kaschemmenprozeß handelt. Beide sind aber so ausgezeichnete „wissenschaftliche Historiker“, daß sie genau wissen, ein wie grober Unfug es ist, solche Katastrophen auf die persönliche Schuld nachzuprüfen. Das ist selbst für die meisten der längst gewesenen Kriege nicht möglich. Wie soll man sich aber helfen, wenn man so entsetzlich friedensliebend ist? Kautsky, der ja bloß alles beweisen kann, beschränkte sich ungeheuer human einfach auf den kristallklaren Nachweis, daß die Sozialdemokratie zwar äußerlich gleiche Worte — wie die „L.“ — als Friedensforderung brauche, daß diese bei ihr aber erfüllt seien, vom Geist nationalitätlicher Machtpolitik und militärischer Denkwiese.

Man tate den Herren bitter unrecht, würde man sie nur als politische Stümper bezeichnen. Dazu ist die Blutschuld zu ungeheuerlich, die sie durch ihre rachsüchtigen Machenschaften auf sich laden. Der Parteivorstand wird es selbstverständlich nicht unterlassen, den „unabhängigen“ Manschetten die Wahrheit gegenüber zu stellen. Die Arbeiter werden aber die Stockholmer Untaten der Unabhängigen bis zur endgültigen Abrechnung mit diesen Todfeinden der Einigkeit des Proletariats auf im Gedächtnis behalten.

Der „Vorwärts“ schreibt über die unabhängigen Friedensstörungen: Es war zu erwarten, daß die Unabhängigen die in Deutschland herrschenden Streitigkeiten zur Sprache bringen würden, man braucht aber nicht zu fürchten, daß man draußen die gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe allzu tragisch nehmen wird. Man wird begreifen, daß die Unabhängigen den Versuch machen müssen, die von ihnen hervorgerufene Spaltung und die damit verbundene Störung der sozialistischen Friedensarbeit zu rechtfertigen, und das konnten sie nur, indem sie sich gegenüber der „opportunistischen“, nach Kautsky sogar „nationalistischen“ und „militaristischen“ Sozialdemokratie als die Hüter der reinen internationalen Prinzipien hinstellten. Unparteiische Beurteiler wissen aber ganz wohl selbst, was sie von Vorwürfen, die der Hige eines wilden Parteistreits entsprungen sind, abzutreiben haben. Sie werden die unabhängige Karikaturenansammlung nicht für ein Photographicalbum halten.

Kriegsnachrichten

Hindenburg zur Kriegslage

Berlin, 2. Juli. Von einer Seite, die dem Generalfeldmarschall von Hindenburg nahesteht, wird uns mitgeteilt, daß er sich folgendermaßen über die gegenwärtige Lage geäußert hat: Der Krieg ist für uns gewonnen, wenn wir den Angriffen standhalten, bis der Unterseeboottkrieg sein Werk getan hat. Unsere Boote machen gute Arbeit. Sie zerstören die feindlichen Lebensbedingungen stärker, als wir dachten. In nicht ferner Zeit werden unsere Feinde zum Frieden gezwungen sein. Sie wissen das und deshalb werden sie trotz der schweren Niederlagen, die sie am Nonzo, in Tirol, an der Wisne und bei Arras in diesem Frühjahr erlitten haben, ihre Angriffe fortsetzen müssen, mögen sie auch noch so ausbleiblos sein. Auf die Hilfe der Amerikaner können sie nicht mehr warten. Sie sollen kommen! Die verbündeten Armeen sind nicht zu schlagen. Die Feinde solange heimtschicken, bis sie einsehen, daß wir den Krieg gewonnen haben, dann werden Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Bulgarien und die Türkei den Frieden bekommen, den wir nötig haben zur freien Entfaltung unserer Kräfte. Der Feind hat uns unterschätzt, er glaubte an die Macht seiner zahllosen Heberlegenheiten und meinte, daß Entbehrungen uns zwingen könnten, einem Frieden zuzustimmen, der unser und unser Kinder Zukunft vernichtet. Ich wünsche, daß die Staatsmänner unserer Feinde den gleichen Einblick in die Monarchie hätten, wie ich ihn erneut gewonnen habe, sie würden von ihrem Vorhaben ablassen. Ich nehme von meinem Betrage die feinste Heberzeugung mit, daß wir zusammenleben werden bis zum siegreichen Ende. Unser Bündnis ist nicht zu erschüttern. Die Regierungen, Armeen und jeder Einzelne in den Völkern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ist bereit, einzustehen für das gemeinsame Wohl bis zum äußersten, möge kommen, was wolle.

Zur Schlacht in Ostgalizien

Schreibt der Kriegsberichterstatter A. Udebt im „S. T.“: Von den bisherigen Sturmangriffen der Russen in der beginnenden Offensivphase kann nicht behauptet werden, daß sie mit besonderer Wucht oder gar mit Erfolg geführt wurden. Die russische 1. Armee verstopfte die Angriffsmassen in dem ersten Stützpunkt der österreichisch-ungarischen und deutschen Batterien. Nur bei Komjuch und an wenigen anderen Frontstellen bekam auch deutsche, österreichisch-ungarische und türkische Infanterie zu tun; sie räumte mit Maschinengewehren, Gewehrpatronen und Handgranaten das Gelände auf dem Wengen tot und verwundeter Russen zurückließen. Kleinere Gegenstände und Strümpfe unserer Seablenmänner bewiesen dem Gegner vollends unsere Unerschrockenheit. Wir haben die Wiedererlangung des Kampfes nicht gewollt, um so nachdrücklicher wird die Abwehr sein.

Deutschlands 26 Gegner

Eine von uns ergänzte Aufstellung und Übersicht über Deutschlands Gegner gibt die „Frankf. Zig.“ wie folgt:

Table with columns for region (I. Europa, II. Amerika, III. Asien, IV. Afrika) and lists of countries with their respective populations in millions.

Alles in allem verfügen danach die 26 Staaten, die gegen Deutschland und seine drei Verbündeten im Felde stehen, über einen Flächeninhalt von 101 594 703 qkm mit einer Bevölkerungszahl von 1331,98 Millionen Menschen.

Frankreichs Kriegsausgaben

Die Ausgaben über die Haushaltsmittel der Generaldirektion der Kriegsmarine betragen 2 645 000 000 Francs, denen nur 1 000 000 000 Francs militärische Einnahmen gegenüberstehen.

Englische Stimmen zur U-Boot Gefahr

Die letzte Ausgabe der „Times“ vom 21. Juni schreibt in Betreff der U-Boot Gefahr in seiner Weise nachsicht. Keine noch so große Anzahl von U-Booten der aus- und einlaufenden U-Boote kann den Handel der Lage mildern.

Russisches Eisenbahnnetz durch Explosion gefährdet

Die „Times“ vom 2. Juli, die „R. A. C.“ meldet aus Moskau, dass die Eisenbahn-Gesellschaft der Ural-Region durch eine Explosion am 27. Juni eine schwere Katastrophe erlitten hat.

Frankreichs Panzertruppen geübt

Die „Times“ vom 26. Juni, (Genève) berichtet, dass die Panzertruppen der französischen Armee in der Nähe von Nancy geübt wurden.

Die Panzertruppen der französischen Armee sind von 1917 bis 1918 in der Nähe von Nancy geübt worden.

Schicht den im Felde Stehenden die Volkswacht!

Friedensvorarbeit

Scheidemann über Stockholm

In der am 10. Juni abgehaltenen Sitzung des Parteivorstandes äußerte Scheidemann sich über die Stockholmer Verhandlungen wie folgt:

Den Bericht über Stockholm erstattete Scheidemann. Die Fragen der inneren Politik sind jetzt nach Stockholm gerückt. Man erwartet, dass die Verhandlungen in Stockholm bald den Frieden bringen werden.

Scheidemann für den Friedensvorschlag der deutschen Sozialdemokratie

Haag, 1. Juli. (L. A. N.) „Friedensblätter“ enthält aus Stockholm aus guter Quelle, dass das Friedensangebot der deutschen Sozialdemokratischen Mehrheit von Scheidemann und seiner Umgebung sehr freundlich aufgenommen worden sei.

Kaiser Karl und der Friede

Das die Friedensbewegung bei unseren Bundesgenossen einige Förderung erfährt, ist in Deutschland bekannt und wird durch eine Wallfahrt aus Wien bestätigt.

Die österreichische Regierung hat sich für die Verhandlungen über die Friedensbedingungen in Stockholm geäußert.

Im Laufe der Debatte erklärte der sozialistische Arbeiter, er würde nicht ablehnen, als das die

die Sozialdemokraten zusammenarbeiten und die Arbeit in den Fabriken wieder aufnehmen.

Die Friedensbedingungen in Stockholm haben einen möglichen Hinweis auf einen Frieden gegeben.

Die Friedensbedingungen in Stockholm haben einen möglichen Hinweis auf einen Frieden gegeben.

Die Friedensbedingungen in Stockholm haben einen möglichen Hinweis auf einen Frieden gegeben.

Die Friedensbedingungen in Stockholm haben einen möglichen Hinweis auf einen Frieden gegeben.

Die Friedensbedingungen in Stockholm haben einen möglichen Hinweis auf einen Frieden gegeben.

Die Friedensbedingungen in Stockholm haben einen möglichen Hinweis auf einen Frieden gegeben.

Die Friedensbedingungen in Stockholm haben einen möglichen Hinweis auf einen Frieden gegeben.

Die Friedensbedingungen in Stockholm haben einen möglichen Hinweis auf einen Frieden gegeben.

Die Friedensbedingungen in Stockholm haben einen möglichen Hinweis auf einen Frieden gegeben.

Die Friedensbedingungen in Stockholm haben einen möglichen Hinweis auf einen Frieden gegeben.

Die Friedensbedingungen in Stockholm haben einen möglichen Hinweis auf einen Frieden gegeben.

Der Fall Grimm-Hoffmann

würde am Mittwoch im Berner Nationalrat ausführlich behandelt. Der Vorsitzende des Neutralitätsausschusses, Späth, schaffte, verlas den in der Hauptsache schon bekannten Text der Depesche.

Die Verhandlungen schweben gegenwärtig, und die Aussichten für ein Abkommen sind nicht optimistisch.

Späth erklärte den Kern der Angelegenheit, indem er sagte: Hoffmann habe den allgemeinen Frieden im Auge gehabt, er habe aber übersehen, dass sein Schritt von den Mächten als eine Vermittlung um den Sonderfrieden...

Ich unterscheide mich von Ihnen dadurch, dass ich nicht lediglich mit denen, die in allen Ländern gegen den Krieg sind, sondern mit allen Chauvinisten und Kriegshörnern.

Grimm selbst hat inzwischen noch immer alle Hände voll zu tun, um sich von dem albernen Verdacht zu reinigen, dass er ein Agent der deutschen Regierung sei.

Katholische Schweizer an den Papst

Die Delegiertenversammlung der katholischen Organisationen der Schweiz hat sich am 1. Juli in Bern versammelt.

Die im Juli 1917 in Zürich tagende Delegiertenversammlung der katholischen Organisationen der Schweiz hat sich am 1. Juli in Bern versammelt.

Politische Rundschau

Der Ruf nach dem Staatskrieg

So überschreibt die „Republik“ den Artikel, der in der Zeitung am 2. Juli, offensichtlich nur irrtümlich, einen Artikel der nachfolgenden Ausführungen des in der Zeitung am 2. Juli erschienenen Aufsatzes von Grünwald folgt.

Im Ost- und Westeuropa ging im Osten Europas das Spiel des Weltkrieges — soll dieses Spiel in der Mitte Europas ein mögliches Neuplan und sozialdemokratischen Absichten und Verirrungen?

Unter provisorischen Vertretungen, die stark sind und das monarchische Ansehen neben fortschreitender Entwicklung hat in diesem Weltkriege unerschütterlich bestanden.

Unter provisorischen Vertretungen, die stark sind und das monarchische Ansehen neben fortschreitender Entwicklung hat in diesem Weltkriege unerschütterlich bestanden.

Unter provisorischen Vertretungen, die stark sind und das monarchische Ansehen neben fortschreitender Entwicklung hat in diesem Weltkriege unerschütterlich bestanden.

Unter provisorischen Vertretungen, die stark sind und das monarchische Ansehen neben fortschreitender Entwicklung hat in diesem Weltkriege unerschütterlich bestanden.

Politische Rundschau

Oesterreich-Ungarn. Für das freie Wahlrecht

Budapest, 22. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Ministerpräsident Graf Esterhazy behandelte in seiner Proqrammrede auch die Ernährungsfrage. Als Ursache seines Rücktritts erklärte dann Graf Tisza, daß die Krone in der Wahlrechtsfrage einen viel weitergehenden Standpunkt einnahm, als er! Die gegenwärtige Lage werde dadurch nur verwickelt. Graf Andrássy erklärte sich für die Auffassung der Regierung in der Wahlrechtsfrage. Es sei geradezu eine Gefahr für die Nation, wenn der verantwortliche Staatsmann nicht mit den veränderten Verhältnissen rechne, welche die Demokratisierung des staatlichen Lebens erfordern! Es sei eine Schande für das Abgeordnetenhaus, daß die Arbeiter, die so große Opfer während des Krieges brachten, durch kein einziges Mitglied vertreten seien. Nach Schluß der Sitzung nahm eine ungeheure Volksmenge auf dem Pflaß vor dem Parlament Aufstellung und empfing den Ministerpräsidenten sowie jene Abgeordneten, die sich als Kämpfer für das Wahlrecht hervortaten, mit großen Sympathieausdrücken. An verschiedenen Punkten der Hauptstadt fanden große Kundgebungen statt, wobei die Redner Ansprachen an das Volk hielten und die Bedeutung des Tages für die freiheitliche Entwicklung feierten.

Weitgehender Straferlaß

Wien, 2. Juli. Im Justizanschuß des Abgeordnetenhauses gab Ministerpräsident von Seidler eine Erklärung ab, nach welcher Kaiser Karl Strafnachlässe für folgende Vergehungen verfügt hat: Ich erlasse Personen, die vor einem Zivil- oder Militärgericht wegen einer der folgenden, im Zivilverhältnis begangenen strafbaren Handlungen verurteilt sind, die verhängte Strafe: Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Beleidigung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses, Störung der öffentlichen Ruhe, Aufruhr, Aufbruch, gewalttätiges Handeln gegen eine berufene Versammlung, gegen ein Gericht oder andere öffentliche Behörde, ferner Vorkubelung zu einem der angeführten Verbrechen. Nicht nur wegen einer der bezeichneten strafbaren Handlungen will ich Strafe nachsehen, wenn die anderen strafbaren Handlungen entweder verhältnismäßig geringfügig sind oder vorwiegend politischen Charakter haben. Ist das Strafverfahren noch nicht rechtskräftig beendet, verfüge ich die Einleitung und Abbrechung des Verfahrens, wenn es nur wegen der eingangs bezeichneten strafbaren Handlungen eingeleitet ist. Von dieser Gnade sollen jedoch alle Personen ausgenommen sein, die sich der Verfolgung durch Flucht ins Ausland entzogen haben, zum Feinde übergegangen oder nach Ausbruch des Krieges nicht in die Monarchie zurückgekehrt sind.

Holland.

Unter dem Hungerdruck der Entente.

Rotterdam, 3. Juli. („B. L.“) Gestern abend fanden in Amsterdam ernste Unruhen statt. Eine wütende Volksmenge stürmte ein Depot, in dem Kartoffeln gelagert waren, die nach England verfrachtet werden sollten. Die Polizei genügte nicht, so daß Militär zugezogen werden mußte. Die Soldaten feuerten wiederholt. Die Menge griff auch einen Straßenbahnwagen an, in dem sich ein Oberleutnant der Infanterie befand. Der Offizier wurde aus dem Wagen geschleppt und sein Säbel in Stücke zerbrochen. Es gab mehrere Verwundungen. Ein später eingelaufenes Telegramm meldet: Die Unruhen in Amsterdam nehmen ihren Fortgang und zwar in ernstem und revolutionärem Sinne.

Verhaftung eines deutschen Kuriers in Norwegen

W. L. B. Berlin, 30. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Ein nach Norwegen entlassener deutscher Kurier ist kürzlich bei seinem Eintreffen in Kristiania von den norwegischen Behörden verhaftet worden. Sein mit amtlichen Siegeln versehenes Gepäck wurde durchsucht und, da sich darin Sprengmittel befanden, mit Beschlag belegt. Auf Grund des Verdachts, daß die Sprengmittel in Norwegen Verwendung finden sollten, ließ die norwegische Regierung ein gerichtliches Verfahren gegen den Kurier einleiten. Im Hinblick auf die völkerrechtliche gewährleistete Immunität des diplomatischen Kuriers legte die kaiserliche Regierung gegen die Festnahme des Kuriers Verwahrung bei der norwegischen Regierung ein und erlangte alsbaldige Freilassung. Dabei wurde die amtliche Erklärung abgegeben, daß eine Verwendung der Sprengmittel in Norwegen oder zum Nachteil norwegischer Interessen nicht beabsichtigt gewesen sei. Soweit das Verhalten des Kuriers zu Ausstellungen Anlaß gebe, insbesondere den norwegischen Gesetzen zumwiderlaufe, werde in Deutschland eingeschritten werden, wogegen das Vorgehen gegen den Kurier in Norwegen nach völkerrechtlichen Grundsätzen nicht zulässig sei. Die norwegische Regierung hat den Kurier inzwischen freigelassen. Nach einer Mitteilung des norwegischen Telegrammbureaus machte der norwegische Minister des Innern im Storting eine kurze Mitteilung in der Angelegenheit, auch legte der hiesige norwegische Gesandte namens seiner Regierung gegen das Verhalten des Kuriers Verwahrung ein. Die zuständigen deutschen Behörden ordneten eine amtliche Untersuchung an und es wird, soweit erforderlich, für Remedur gesorgt werden. Daß der Vorfall im norwegischen Volke Beunruhigung hervorrief, werde mit Bedauern vernommen und demgegenüber kann nur nochmals mit aller Bestimmtheit festgestellt werden, daß mit den Sprengstoffen keinerlei Unternehmen in Norwegen oder gegen die norwegischen Interessen geplant war. Norwegen verlangt, wie wir der skandinavischen Presse entnehmen, die Bestrafung der an diesem Vorfall schuldigen Personen.

Italien

Meuternde Soldaten

Lugano, 4. Juli. („Kriegszeitung.“) Der sozialistische Abgeordnete Bazzi forderte gestern in seiner Rede im Abgeordnetenhaus bei der Beratung des Gesetzes für die Kriegswaisen, daß die Waisen der kriegsrechtlich erschossenen Soldaten und insbesondere derjenigen, welche unter Anwendung des Standrechts nach dem System der Dezimation gerichtet wurden (das heißt, von meuternden Truppenteilen wurde der zehnte Mann erschossen), der Pension nicht verlustig gehen dürften und fügte, nach dem „Avanti“, hinzu: „Tavoli, ich spreche von denjenigen Ereignissen, welche hier bei Ihrer Besprechung so furchtbares Grauen erregt haben.“

China.

Wieder zum Kaiserreich?

W. L. B. London, 2. Juli. Reuter meldet aus Schanghai: Der junge Kaiser Hanantung verkündete seine Thronbesteigung. W. L. B. Peking, 2. Juli. (Reuter.) General Tschang-Schun, der Führer der Militärpartei, suchte am 1. Juli, 3 Uhr morgens, den Präsidenten auf und verlangte seinen Rücktritt, wobei er ihm die bereits gemeldete Mitteilung machte, daß der Mandchukaiser Hanantung den Thron wieder bestiegen hat.

Berlin

Gegen fremde Tyrannei

Die neue Regierung fordert laut „Nesetz“ die sofortige Überhebung der russischen Truppen, Aufhebung der von Rußland früher erprehten militärischen und wirtschaftlichen Konzessionen und die Beilegung der Kapitulationen.

Russische Umwälzung

Die neue Offensive

W. L. B. Petersburg, 4. Juli. (B. L. M.) Die vorläufige Regierung erließ einen Aufruf an die Bevölkerung in dem sie alle Bürger auffordert, die persönlichen Interessen zu vergessen und sich wie ein Mann hinter der Armee zusammenzuscharen, die sich in Bewegung gesetzt hat, um die Revolution und das freie russische Volk zu retten. Anläßlich des Beginns der Offensive hebt der Tagesbefehl des Kriegsministers allen Urlaub in der Armee und der dahinterliegenden Zone mit Ausnahme der Kranken und Urlauber auf. Die vorläufige Regierung richtete einen Aufruf an die russische Marine, in dem sie die Tätigkeit der feindlichen Flotte in den russischen Gewässern in der letzten Zeit betont und erklärt, sie sei überzeugt, daß die russische Marine ihre Pflicht gegenüber dem Volke tun werde, das sich der Gefahr bewußt sei, die Rußland bedrohe. In dem Aufruf heißt es ferner: Die russischen Seeleute werden alle Anstrengungen machen in dem Kampfe für die großen Ideale der russischen Demokratie. Die Armee hat schon die Offensive ergriffen. Ihre Selbstverleugnung rettet das Land vor Gefahr, die ihm von außen her droht. Die Marine wird ebenfalls beweisen, daß das große Geschenk der Freiheit uns nicht schwächt, sondern im Gegenteil unsere Macht stärkt und uns zu neuen Taten antreibt.

Im Ringen um die Macht in dem vom Zarismus befreiten Rußland treiben die unter dem Einfluß der Entente stehenden „gemäßigten“ bürgerlichen Politiker mit dem Blut ihres Volkes ein grausames Spiel. Der heißerstrebt Eroberungssieg soll auch ihnen den Triumph über die Sozialdemokratie bringen. Dabei kann über den Ausgang der neuen Ostkämpfe kein Zweifel bestehen.

Zur Vorgeschichte der russischen Offensive

Berichten heute verschiedene Blätter, daß die Alliierten dreimal im Juni von Rußland die Offensive verlangten. Als alle drei Fristen verstrichen waren, ohne daß die Offensive einsetzte, wurde als letzter Zeitpunkt der 1. Juli festgesetzt. Der Forderung wurde durch Drohungen der nötige Nachdruck gegeben. Die Alliierten gaben sich der Hoffnung hin, daß es gelingen werde, größere deutsche Truppenmassen an der Ostfront festzuhalten.

Die russische Offensive von englisch-französischen Offizieren kommandiert

W. L. B. Berlin, 2. Juli. Nach einer „Reuter-Meldung aus London vom 26. Juni berichten Buchanan und Henderson, daß ihre Berichte, die russische Offensive durchzuführen, von Erfolg begleitet seien. Russische Kommandeure protestierten verschiedentlich gegen diese Einmischung und legten ihre Kommandos nieder. Englische und französische Offiziere übernahmen dafür die Kommandos.

Diese Nachricht bestätigt lediglich die bekannte Tatsache, daß die neue russische Offensive von der Entente, deren Mächte bekanntlich die Hauptgeldgeber des Zarismus waren, von der gegenwärtigen Regierung direkt erpreht worden ist. Die Riesenblutopfer, die das neue Schlachten im Osten schon von russischen Volke forderte sind ein nach jeder Richtung gewissenloses Verbrechen und eine nie zu löschende Schmach der großkapitalistischen Entente-Kulturträger.

Danziger Nachrichten

Weit über 5000 neue Bezirker

hat die Rheinische Zeitung, unser Kölner Parteiorgan, allein in den letzten Monaten gewonnen. Diese erfreuliche Steigerung des Aufsehens und des Einflusses der Arbeiterzeitung ist der beste Beweis für die Volkstümlichkeit der sozialdemokratischen Bestrebungen zur Förderung der Wohlfahrt des Volkes und zur baldigen Herbeiführung eines ehrenvollen Verständigungsfriedens. Besonders fällt auf, daß diese Steigerung auf die Zeitungen beschränkt bleibt, die, wie wir, in der Frage der Landesverteidigung unerschütterlich zu ihrem Volke und seiner Zukunft stehen. In der Werbearbeit für die Volkswacht müssen sich auch unsere Genossen durch solche Erfolge anspornen lassen: des Volkes Zukunft fordert eine starke Arbeiterpresse!

Bundesturnfahrt des Arbeiterturnerbundes

Der Arbeiterturnerbund Deutschlands hatte auf seinem Bundesturntag in Mannheim 1913 beschloffen, im Jahre 1918 sein erstes Bundesturnfest in Leipzig abzuhalten. Wegen des Weltkriegs mußte die Veranstaltung auf spätere Zeit verschoben werden. An ihrer Stelle findet nun bereits in diesem Jahre eine Veranstaltung großen Stils für den gesamten Bund an einem Tage statt. Am 22. Juli unternehmen sämtliche Kreise und Bezirke eine Turnfahrt von etwa dreistündiger Marschdauer. Daran schließt sich die Abwicklung eines von der Bundesleitung vorgeschriebenen turnerisch-sportlichen Einheitsprogrammes, das aus allgemeinen Freiübungen, volkstümlichem Wettkampf und Wettspielen besteht. Das Fest ist besonders für die Jugend gedacht, doch können an dem Wettkampfe auch ältere Turner teilnehmen. Es sind für männliche Teilnehmer drei Altersklassen vorgesehen. Die Turnerinnen jeden Alters bilden nur eine Klasse. Es soll gezeigt werden, daß es auch ohne Verabsfolgung äußerer Ehrenabzeichen möglich ist, die Jugend körperlich tüchtig zu machen und damit ein gesundes und kräftiges Geschlecht zu erziehen. Der Bund darf daher erwarten, daß die Veranstaltung eine zahlreiche Beteiligung nicht nur der aktiven Turner, sondern auch der Arbeiterbevölkerung findet.

Wintergarten

Am 1. Juli hat unser beliebtes Sommer-Varieté einer neuen Spielplan zusammengestellt, der in Vielseitigkeit und

Güte unübertrefflich ist. Die Glanznummer des Programms bildet der Zauberflüsterer Ernst Thörn. In seinen schwarzfünftlerischen Darbietungen arbeitet er so sicher und verblüffend, daß das Publikum gar nicht aus dem Staunen herauskommt. Reichlich kommt auch der Humor zum Wort. Dafür sorgt in erster Linie der Infanterist Fröh, der sich in seinem komischen musikalischen Akt auf den verschiedensten Instrumenten als Musikant erweist und durch die drastische Art seines Vortrages stilmäßige Heiterkeit erweckt. Lebhafteste Anerkennung fand auch M. Adam als Original-Bauernkomiker mit seinen wirkungsvollen Vorträgen aus den bayerischen Alpen. Unübertrefflich in ihrer temperamentvollen Art sind die Gesangsporträge des weiblichen Komikers Ruth Ruth, die so lebhaften Beifall fanden, daß die Künstlerin sich zu mehrfachen Zugaben entschließen mußte. Auch die atavistischen Darbietungen, die von Alfons Geißler als „Adonis auf der Säule“ und von den Geschwistern Blösch Carella geboten werden, sind durch die sichere und geschickte Wiedergabe staunenswerd. Außerdem weist das Programm noch mehrere gute Nummern auf, so daß es dem Publikum für mehrere Stunden angenehme Unterhaltung bietet.

Zoppoter Kurtheater

Am 24. Juni hat Direktor Normann die diesjährige Spielzeit mit der Leo Fall'schen Operette „Die Rose von Stambul“ eröffnet. Neben der Operette wird aber auch das Schauspiel gepflegt. Als erste Neuheit wurde „Die Walschauer Citadelle“ von Gabriela Zapolska gegeben. Das Stück behandelt die Verschwörungsversuche der studierenden polnischen Jugend gegen die russische Herrschaft und zeigt die Verkommenheit des russischen Offizierkorps. Es ist überaus geschickt und wirkungsvoll gebaut, wenn auch im einzelnen manche Charakterzeichnung und mancher Zug in der Entwicklung der Handlung zu wünschen übrig läßt. Der von seiner Danziger Wirkungszeit her bestens bekannte Herr Hubermann hat als Spielleiter eine lebendige Wiedergabe des Schauspiels herausgebracht. In der Darstellung des russischen Obersten Korniloff bot er wieder ein Kabinettstück. Alwin Hennig wirkte in der Rolle des von den Russen verfolgten und gemarterten Studenten Gorsti erschütternd. Von den Damen seien lobend erwähnt Marianne Pawlow als Frau Gorska und Lily Böheim als die ideal veranlagte russische Studentin Sosakla.

* Fürsorge für heimatlose Urlauber. Um solchen Kriegsteilnehmern, welche innerhalb des Deutschen Reiches keine Angehörige oder sonstige Familienbeziehungen haben, oder die infolge Armut oder sonstiger widriger Familienverhältnisse ein Heimatsurlaub nicht befriedigen würde, während eines Urlaubes kostenlose Unterkunft in Familien zu verschaffen, ist kürzlich von einer Anzahl angesehener deutscher kommunaler Verbände unter Billigung des Preussischen Kriegsministeriums eine Geschäftsstelle mit dem Sitz in Bürgel i. Thür. errichtet worden. Leiter dieser Geschäftsstelle ist Bürgermeister Weber daselbst. Dorthin können sich solche Kriegsteilnehmer wenden, die sich während eines Urlaubes eine Heimstätte bereiten lassen wollen. Auch jede sonstige Auskunft in bezug hierauf wird von der Geschäftsstelle erteilt.

* Pakete an Kriegsgefangene. Nach einer neueren Anordnung müssen die Umschriften auf Sendungen an Kriegsgefangene direkt auf der Umhüllung geschrieben werden. Die Benutzung von aufgetriebenen oder augenähnlichen Leinwandstücken ist verboten. Derartige Pakete werden von der Post nicht mehr angenommen.

Konjunktives über Lüge und Schwindel

Es war vorauszu sehen, daß der Provinzialparteitag der westpreussischen Sozialdemokratie auf der Konservativismus der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ so wirken mußte, wie es bei der Geistesverfassung des robusten Blattes selbstverständlich ist. Aus der Rede des Genossen Bartel läßt sich ein einige Brocken eigener Aufmachung zusammen, um daraus höchst sonderbare Schlüsse zu ziehen. Weil die großkapitalistische Republik jenseits des Ozeans noch lange nicht sozialistischen Anschauungen über eine freie Volksgemeinschaft entspricht, preist die „D. A. Z.“ das preussische Dreiklassenwahlrecht als Gipfel staatlicher Freiheit! Nicht wenig stolz meint sie, die sozialdemokratische Bemänglung der westeuropäischen Demokratie beweise, wie sehr die — Neuorientierten in Preußen-Deutschland auf dem Holzwege sind. Die Rühtheit dieser Behauptung erhebt uns der Antwort. Nachgerade weiß jedes Kind, daß selbst Bismarck das preussische Dreiklassenwahlrecht das elendeste und erbärmlichste aller Wahlrechte genannt hat. Das Fakt, das soeben eine sehr drastische Probe seiner politischen Ehrlichkeit gegeben hat, spricht gleich darauf von dem „Schwindel“ der westlichen Demokratien. Dreist behauptet es, daß Bartel ihm — nach der Resolution — sogar mit Gewalt in Deutschland Eingang verschaffen wolle, weil in der Resolution gesagt sei, die volle Gleichberechtigung müsse, wenn notwendig erklämpft werden. Die „D. A. Z.“ weiß ganz genau, daß die Sozialdemokratie mit der Revolutionstaktik des alldeutschen-konservativen Generais von Gebället nichts zu tun hat. Trotzdem „karrt sie politisch auf“ und redet noch von einer sozialdemokratischen „Lüge“, weil die Resolution sehr richtig darauf aufmerksam macht, daß die alldeutschen-konservativen Annexionisten die Entrohung des deutschen Volkes wollen. In grundsätzlicher Reklamation behauptet das Blatt, die Politiker des Bergisch-Friedens erstrebten den — Umsturz der bestehenden deutschen inneren Einrichtungen —. Schließlich wird Bedeutungslosigkeit durch seine noch so große Böswilligkeit gehoben. Nur des Vergleiches halber notieren wir daher, daß dasselbe Blatt gegen den vom Kammerherren Didenburg-Januschau angeregten Umsturz des Kartostoffpreises kein einziges Wort geschrieben hat.

Die wirklichen Einfluß besitzende bürgerliche Lokalpresse hat über den Parteitag inhaltlich einwandfrei berichtet.

Freies Wahlrecht

Mittwoch begann der Verfassungsausschuss die Beratung der Anträge, die zur Wahlrechtsfrage gestellt sind.

Die Sozialdemokratische Fraktion beantragt:

Der Artikel 3 der Reichsverfassung erhält folgenden Zusatz: In jedem Bundesstaat und im Reichsland Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Berücksichtigung der Minderheiten (Verhältnismäßigkeitswahlrecht) gewählte Volksvertretung bestehen.

Die Zustimmung dieser Volksvertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsplans erforderlich.

Ähnlich lautete ein Antrag der „Unabhängigen“, Bernheim und Genossen.

Die Fortschrittler beantragen, den Reichstagsler zu erwählen, unverzüglich dahin zu wirken, daß in allen deutschen Bundesstaaten eine konstitutionelle Verfassung geschaffen werde mit einer Volksvertretung, die auf allgemeinem, direktem, gleichem und geheimem Wahlrecht beruht und daß in den beiden Großherzogtümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz unverzüglich eine konstitutionelle Verfassung eingeführt wird.

Zur Begründung sprach Abg. Landsberg (Soz.):

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände. Die Einführung des jetzt geltenden Reichstagswahlrechts für die Wahlen zu den Parlamenten in den Bundesstaaten sei aber das Mindestmaß dessen, was unter allen Umständen gefordert werden müsse.

Herr Kretz scheint ein schlechter Kenner der Verfassung zu sein, sonst müßte er wissen, daß der Reichstag auf Grund des Artikels 78 der Reichsverfassung das Recht hat, seine Kompetenzen auszudehnen.

Im Jahre 1906 hat das Zentrum durch seinen damaligen Vorsitzenden, Grafen Hoppe, eine Erklärung im Reichstag abgeben lassen, die zum Ausdruck brachte, daß das Verfassungsleben der Einzelstaaten harmonisch gestaltet werden müsse.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Konservativen höchst gleichgültig, wenn es gegen ihre Interessen geht. Dazu kommt noch das Verhalten der Regierung, das den Eindruck eines

Spietles mit vertauschten Rollen

erwecken muß. Als die Wohnungsfrage im Reichstag zur Beratung stand, erklärte Staatssekretär Delbrück: Wenn Preußen versage, dann werde das Reich eingreifen.

Hunger und Not erträgt das Volk, es soll aber auch die Gemütsheil haben, daß die Zeit der politischen Entrechnung vorüber ist.

Es sprachen dann Stadthagen für die „Unabhängigen“ und Kretz, der für die Konservativen naturgemäß die Berechtigung des Reiches zur Festlegung des Wahlrechts der Einzelstaaten bestritt.

Der Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu richten:

Mit der an den Reichskanzler und den Preussischen Ministerpräsidenten gerichteten Osterhoffschaft des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen ist auch der Reichstag der Überzeugung, daß nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr ist.

Wie alle Schichten des Volkes in pflichtbewusster Aufopferung an der glücklichen Durchführung des gewaltigen Krieges mitwirken, so werden auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die bei Ausgange des Krieges und nach dem Kriege zu erfüllen sind, der hingebungsvollen und fröhlichen Mitarbeit des ganzen Volkes bedürfen.

Daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten ohne Verzug durchgeführt wird.

Dadurch werden in Staat und Reich maßvolle neue Kräfte für die Entscheidung des Krieges sowie für den neuen Aufbau des deutschen Lebens zur Entfaltung gebracht werden.

Der liberale Redner meinte selbst, daß dieser Weg etwas ungewöhnlich sei. Nicht wegen der Agitation des Auslandes, sondern trotz dieser Agitation müssen Reformen sofort in Angriff genommen werden.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.) bekämpft die Auffassung der Nationalliberalen, die großes Vertrauen in die Einsicht der einzelnen Bundesstaaten setzen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammensetzung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände.

Die Osterhoffschaft lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Kundgebung nicht in Einklang zu bringen.

dieses Vertrauen nicht gerade gestützt. Deshalb ist die einzige Lösung die Annahme der sozialdemokratischen Anträge. Wir haben nie bestritten, daß auch in anderen Ländern noch viel in der Entwicklung zur Demokratie zu wünschen übrig bleibt.

überall drängen die Verhältnisse zur Demokratie.

Allerdings bedeutet die Osterhoffschaft nicht die sofortige Vornahme von Reformen. Aber dazwischen liegen jetzt drei Monate. Die Ereignisse überstürzen sich. Das Volk ist durch das Verhalten der Regierung vom tiefsten Mißtrauen erfüllt.

Abg. Bachmaier (Fortschr.) erklärt, daß die Fortschrittler ihren Antrag nur zurückgezogen hätten, um überhaupt etwas zu erreichen. Müller-Meinungen erklärte gegen den Zentrumsredner, daß der Ausdruck staatsbürgerliche Gleichberechtigung das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht mit umfasse.

Der Arbeitersekretär Beck-Ornsberg suchte die wahlrechtsfeindliche Haltung des Zentrums vergeblich zu decken. Der Konservative von Gräfe lehnte das Reichstagswahlrecht für Preußen deshalb ab, weil die Kriegslasten dadurch den Besitzenden aufgelegt werden würden.

Die Abstimmungen wurden auf Freitag vormittag 10 Uhr vertagt.

Der „Vorwärts“ schreibt zu der Debatte, die sich wesentlich von den ungarischen, bekanntlich von der Regierung ausgegangenen, Wahlrechtsforderung unterscheidet:

„Einen Scherz besonderer Art leistete sich der bekannte, konservative Spätmacher Kretz, der erklärte: dem Volk sei das gleiche Wahlrecht Wurst, eine Wurst sei ihm heutzutage sogar lieber. Wir glauben, daß es dem Direktor der Spirituszentrale und Liebling der Agrarier, Herrn Kretz, an Wurst und Schinken nicht fehlen mag.

Eine wahrhaft glänzende Rolle spielte die Regierung. Millionen Leser werden heute den Bericht über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses bis auf die letzte Zeile studieren, um nach einer Äußerung der Regierung zu suchen, die in dieser entsetzlich schweren Zeit zur Führung des Volkes berufen ist.

Dieses Schweigen sagt mehr als alle Reden der Abgeordneten. Ist das etwa das spannungsvolle Schweigen, das einem entscheidenden Sprung vorausgeht?

Tatsache hat die Abwehrschlacht die Form der klassischen allseitigen Deckung gebracht. Das System des Gegenstoßes vom Stützpunkt der Kompagnie an bis zur weit rückwärts aufgestellten Gegenstoß-Division. Technisch brachte uns die neue Form der Verteidigung die immense Steigerung der Abwehrartillerie, die Vergeltung der feindlichen Batteriereiter, die Tankabwehrschiffe, den vollendeten Flugdienst und vor allem die leichten Maschinengewehre.

Es war vor vielen Wochen an der Arras-Front. Die Engländer stürzten am 23. April zum zweiten großen Stoß vor. Ein Döhlenener durchdrang die Luft. Alles leuchtete die Engländer in diesen Tagen. Allein während die deutschen Batterien umbeirrt Schuß um Schuß lösten, war das englische Feuer stillschweigend und unsicher.

Dies ist die zweite große Tatsache: Die Kriegsmaterialversorgung unserer Feinde ist nicht mehr unbegrenzt. Während bei uns das Hilfsdienstgesetz und das Hindenburg-Programm das letzte und höchste an menschlichen und materiellen Möglichkeiten zu einer unerbittlichen Steigerung der Waffenbereitung aus Deutschland herausholt, nützen heute der Entente selbst alle unbegrenzten Möglichkeiten der Meeres Welt nichts mehr.

Das Spiel vom vorigen Jahre sollte 1917 wiederholt werden. Das gleiche Spiel, nur noch umfassender, noch gewaltiger, noch feiner erdacht. Im fernen Osten beginnend sollte die Generaloffensive stufenweise auf allen asiatischen und europäischen Kriegsschauplätzen einleiten, den todgeweihten Mittelmächten sollte die Schlinge enger und enger gezogen werden.

Trotz des englischen Anfangserfolgs bei Arras wurde es die schwerste Enttäuschung, die unsere Feinde wohl je in diesem Kriege erlebt haben. Ein völlig neuer Gegner steht ihnen heute gegenüber.

Deutschlands Verteidigung

Zum Gedächtnis des Beginns der Sommerfront schreibt der „A. L. Z.“ folgende Ausführungen, die nicht nur historisch sehr beachtenswert sind:

Wenn es ein Jittern den festgefügtten Bau der Mittelmächte durchsetzt, so war es heute vor einem Jahr. All die frühen Frühlingshoffnungen waren getrübt, als die Verdun-Offensive nicht weiter kam.

Da brach der englisch-französische Angriff los. Zwei Jahre halten sie organisiert und exerciert, Armeen aus dem Boden gehampft, Tausende von Geschützen und Millionen von Geschossen gekommen. Aus Amerika war Schiff um Schiff gekommen mit seiner tobenden Bedung.

Da brach der englisch-französische Angriff los. Zwei Jahre halten sie organisiert und exerciert, Armeen aus dem Boden gehampft, Tausende von Geschützen und Millionen von Geschossen gekommen.

Da brach der englisch-französische Angriff los. Zwei Jahre halten sie organisiert und exerciert, Armeen aus dem Boden gehampft, Tausende von Geschützen und Millionen von Geschossen gekommen.

Da brach der englisch-französische Angriff los. Zwei Jahre halten sie organisiert und exerciert, Armeen aus dem Boden gehampft, Tausende von Geschützen und Millionen von Geschossen gekommen.

Da brach der englisch-französische Angriff los. Zwei Jahre halten sie organisiert und exerciert, Armeen aus dem Boden gehampft, Tausende von Geschützen und Millionen von Geschossen gekommen.

Artillerie war unterlegen, die Munitionsherstellung der vereinigten englisch-amerikanischen nicht gewachsen. Die wenigen Flieger wurden aus dem Felde geschlagen.

Artillerie war unterlegen, die Munitionsherstellung der vereinigten englisch-amerikanischen nicht gewachsen. Die wenigen Flieger wurden aus dem Felde geschlagen.

Artillerie war unterlegen, die Munitionsherstellung der vereinigten englisch-amerikanischen nicht gewachsen. Die wenigen Flieger wurden aus dem Felde geschlagen.

Artillerie war unterlegen, die Munitionsherstellung der vereinigten englisch-amerikanischen nicht gewachsen. Die wenigen Flieger wurden aus dem Felde geschlagen.

Artillerie war unterlegen, die Munitionsherstellung der vereinigten englisch-amerikanischen nicht gewachsen. Die wenigen Flieger wurden aus dem Felde geschlagen.

Artillerie war unterlegen, die Munitionsherstellung der vereinigten englisch-amerikanischen nicht gewachsen. Die wenigen Flieger wurden aus dem Felde geschlagen.

Artillerie war unterlegen, die Munitionsherstellung der vereinigten englisch-amerikanischen nicht gewachsen. Die wenigen Flieger wurden aus dem Felde geschlagen.

Die Sozialdemokratie für die Soldaten

(Fortsetzung und Schluss)

Erziehung

Die Erziehung der Soldaten ist bei den niederen Truppen im Frieden 24 im Kriege für mobil Truppen 30 St. pro Tag die Erziehung freier, in Besonderen untergeordneter Soldaten beträgt pro Tag 12 St. Waren diese Erziehungsbefugnisse schon an den unbeliebenlichsten so wurden sie noch Kriegsausbruch gerodet zu einer Masse von Unkultivierten aller Art. Die Kriegsbefehlshaber erließ eine strenge Bestimmung darüber, wann ein Soldat als mobil oder inaktiv anzusehen ist. So kam es, daß Truppen, die im Inlande standen, als mobil angesehen und einberufen wurden, während Truppen, die als Besatzungsmannschaften, als Besatzung im Feindesland standen, inaktiv waren. Kommt es doch noch vor, daß im Inländischen Garnisonen ein Teil der Truppen mobil, der andere inaktiv war! Die Verluste, ganz klar, unersetzliche Verluste zur Unterzeichnung zu schaffen, schlugen fehl. Im Inlande triffen die Sozialdemokraten bereits im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915:

„Verwundeten und erkrankten Soldaten zunächst für die Dauer des Krieges und mit der Wirkung vom 1. August 1915, unter Weglass der Krankenscheinung die Friedensabrechnung zu gewähren.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und von der Regierung sehr durchgeleitet. Hoffentlich gelang es, die Verbesserung auch im Frieden zu erhalten.

Im Dezember 1915 wurden im Haushaltsausschuss des Reichstages unter 7 Ausschüssen behandelt. Das Zentrum forderte eine Erhöhung der Mannschaftenabrechnung um 50 Prozent. Ein sozialdemokratischer Antrag, der finanziell auf das gleiche hinauslief, lehnte ab.

a) für alle im Feindesland stehenden Mannschaften mit Wirkung vom 1. Dezember 1915 die Erhöhung auf 80 Pf. pro Tag.

b) für alle im Inlande befindlichen Mannschaften mit gleicher Wirkung auf 50 Pf. pro Tag festzusetzen.

c) die bisher bezahlten Zulagen sollen den Mannschaften auch weiterhin gewährt werden.“

Unser Redner hoben dabei den Kontrast hervor zwischen der Bezahlung der Offiziere und Beamten und der Bezahlung der Mannschaften. Dem Redner war eine große Mehrheit sicher, als vom Zentrum nach dem Antrag kam, sie der Regierung als Material zu übermitteln. Erst hier sehr beweissträchtigen Einwände unserer Redner wurde dieser Antrag im Ausschuss angenommen. Im Plenum wurde unter Fraktionszwang einstimmig darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der Mannschaften ein Beitrag zur Bekämpfung der Lebensmittelnot ist. Das Plenum beschloß die Überweisung des Antrags an den Reichstag. Die Regierung hat diesen Antrag, wie er behauptet, ein positiver Beschluß des Reichstages zur Erhöhung der Mannschaftenabrechnung liegt nicht vor. In dem nächsten Beschluß des Reichstages hätte der Bundesrat Stellung nehmen müssen, die Überweisung als Material entzog ihm die Entscheidung.

Im März 1916 hat sich die Gelegenheit, erneut auf die Erhöhung der Mannschaften abzufragen. Unsere Genossen beantragten:

„Die Erhöhung der Offiziere und Beamten bei den im Feindesland stehenden Mannschaften um 50 Prozent zu erhöhen.“

„Einstimmig eine Erhöhung der Kriegsbefehlshaberabrechnung (Mannschaften) — dahingehend herbeizuführen, daß die Erhöhung der unter den Ziffern 60, 61 und 62 aufgeführten Kategorien um 50 Prozent erhöht wird.“

„Die Offiziere der Gemeinen, Weizeng und Obergefreite der 1. Klasse zu erhöhen, weil erfüllt worden war, eine Umänderung der Kriegsbefehlshaberabrechnung sei während des Krieges unmöglich. Eine Erhöhung in der vorgeschlagenen Form konnte nicht mehr die gleiche Schwerkraft bieten. Die beiden Anträge wurden abgelehnt.“

„Die Erhöhung der Offiziere und Beamten bei den im Feindesland stehenden Mannschaften um 50 Prozent zu erhöhen.“

„Die Erhöhung der Offiziere und Beamten bei den im Feindesland stehenden Mannschaften um 50 Prozent zu erhöhen.“

Im Oktober 1915 forderten unsere Genossen noch, daß den Offizieren und Beamten eine Erhöhung gewährt wird. Dieser Antrag wurde angenommen, der Bundesrat lehnte ab, daß nur die Erhöhung der mobilen Bezahlung ein Verbot aufzuheben.“

Im März 1916 forderten unsere Genossen noch, daß den Offizieren und Beamten eine Erhöhung gewährt wird. Dieser Antrag wurde angenommen, der Bundesrat lehnte ab, daß nur die Erhöhung der mobilen Bezahlung ein Verbot aufzuheben.“

Urlaub

Die Erziehung der Soldaten ist bei den niederen Truppen im Frieden 24 im Kriege für mobil Truppen 30 St. pro Tag die Erziehung freier, in Besonderen untergeordneter Soldaten beträgt pro Tag 12 St. Waren diese Erziehungsbefugnisse schon an den unbeliebenlichsten so wurden sie noch Kriegsausbruch gerodet zu einer Masse von Unkultivierten aller Art. Die Kriegsbefehlshaber erließ eine strenge Bestimmung darüber, wann ein Soldat als mobil oder inaktiv anzusehen ist. So kam es, daß Truppen, die im Inlande standen, als mobil angesehen und einberufen wurden, während Truppen, die als Besatzungsmannschaften, als Besatzung im Feindesland standen, inaktiv waren. Kommt es doch noch vor, daß im Inländischen Garnisonen ein Teil der Truppen mobil, der andere inaktiv war! Die Verluste, ganz klar, unersetzliche Verluste zur Unterzeichnung zu schaffen, schlugen fehl. Im Inlande triffen die Sozialdemokraten bereits im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

Die Kriegsbefehlshaberabrechnung

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sehr unholdbar wurde aber der Zustand mit der Krankenabteilung. Diese Abteilung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazareten liegen und dort besondere Ausgaben an sich machen können. Der Krieg hat auch darin andere Verhältnisse geschaffen. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach hinteren Fronten zur weiteren Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort in großer Zahl mit einem täglichen Einkommen von 10 M. Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

Letzte Nachrichten

Der Vorlesung zu Würzburg

findet nunmehr bestimmt am 10. August statt. Dorth gibt den Bericht der Reichstagsfraktion. Schmidtemann spricht über die Aufgaben der Partei.

Unterhandlungen zwischen deutschen und russischen Sozialisten

Stockholm, 5. Juli. („B. L.“) Gestern nachmittags fanden im holländisch-skandinavisches Komitee Beratungen zwischen der russischen Delegation des Arbeiter- und Soldatenrates und Hermann Müller von der deutschen Majorität, Viktor Adler und Weltner von der österreichisch-ungarischen Sozialistenpartei statt. Der ungarische Delegierte Weltner reiste nach demselben Abend nach Budapest. Viktor Adler soll angeblich heute Stockholm verlassen. Vor seiner Abreise machte mit Weltner über den Verlauf dieser ersten internationalen Sitzung erregter Debatte. Weltner der russischen Delegation, daß die bestehenden Schwierigkeiten sich viel besser lösen würden, wenn die Russen auf ihre französischen und englischen Genossen dringen würden, daß sie zur Konferenz erscheinen. Es sei unhaltbar, wenn Sozialdemokraten heutzutage sagen, daß sie mit ihren Genossen nicht zusammenkommen wollten. Man wolle die Sache viel besser klären und für den Frieden tätig sein, wenn man erst bei der Konferenz einhellig etwas beschließen, womit man die Regierungen aller Länder zwingen würde, daß sie sofort Friedensverhandlungen anbahnen. Darauf antwortete die russische Delegation, sie würde darauf dringen, daß alle Nationen, auch die Franzosen und Engländer, an dieser Konferenz teilzunehmen. In diesem Sinne reisten ja die Russen nach England, Frankreich und Italien.

Wenn diese Nachricht, des „B. L.“, woran wohl nicht zu zweifeln ist, zutrifft, dann bedeutet das Wirken unserer österreichisch-ungarischen Genossen und der Entschluß der Russen die Vernichtung des Treibens der deutschen „Unabhängigen“. Diese tun leider alles, um selbst die dünnen Fäden der angestrebten internationalen Beziehungen in geradezu fanatischer Friedensverhandlung zu zerreißen. Weil sie die Verantwortung vor der Internationale und dem deutschen Volk nicht bestreiten können. Deshalb werden sie zu Bundesgenossen der schlimmsten Kriegshäcker.

Ersatz für Kartoffeln

Infolge der anhaltenden Dürre verzögerte sich die Gemüseernte erheblich und ist teilweise auch verfaulen. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes ordnete infolgedessen an, daß für fehlende Kartoffeln Mehl in größerer Menge als bisher zur Verteilung gelange, solange, bis die deutsche Frühkartoffelernte in vollem Umfang eingeleitet hat.

Das Puggeld

Der zum aktiven Dienst einberufene Mann erhält ein Puggeld in Höhe von 7,45 Mark. Die Mannschaften, die vor der Einführung des Puggeldes gehen haben, erhielten es jetzt bei ihrer Einberufung zum Kriegsdienst nachgezahlt. Dieses Puggeld war auf die zwei aktiven Dienstjahre berechnet und aus diesem Grunde war es voll bedingt, wenn die Sozialdemokraten den Antrag stellten, bei der langen Dauer des Krieges dieses Puggeld noch einmal zu gewähren. Aber abgesehen davon sprach auch noch ein anderer Grund für den Antrag. Die Offiziere erhielten gleich im ersten Kriegsjahr ein zweites Mobilisationsgeld, wobei es sich immerhin um Summen von recht erheblicher Höhe handelte. Der Reichstag stimmte dem Antrag zu, der Bundesrat lehnte ihn ab, weil ein Bedürfnis nicht vorliege. Der Antrag wurde dann von den Sozialdemokraten wiederholt und der Reichstag hat jetzt abermals bejaht: „Den Mannschaften und Unteroffizieren, die einschließlich ihrer aktiven Dienstzeit mindestens zwei Jahre unter den Fahnen stehen, ein zweites Puggeld zu gewähren.“

Das Beschwerverecht

Seit dem Jahre 1890 wird im Reichstages der Kampf um eine Reform des Beschwerverrechts geführt. Ueber die berechtigten Bedenken der Mannschaften, von diesem Beschwerverrecht Gebrauch zu machen, ist schon genug gesprochen und geschrieben worden. Selbstverständlich hat die sozialdemokratische Fraktion auch während des Krieges immer wieder versucht, eine zeitgemäße Reform des Beschwerverrechts herbeizuführen. Gerade auf diesem Gebiete aber hielt sich die Militärverwaltung ganz besonders hartnäckig, und sie fand dabei die Unterstützung der Reichstags der bürgerlichen Parteien. So wurde im April 1915 ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der forderte:

„Der Reichstag beschließt bis zu seiner nächsten Tagung den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Beschwerverrechts der Soldaten vorzulegen. Der Entwurf soll insbesondere folgende Punkte berücksichtigen:

1. Wegfall des Begriffs der leichtfertigen Beschwerde;
 2. Strafbußung nicht vor Erledigung der Beschwerde.“
- Im Plenum sowohl als auch im Ausschuss kam es immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen über das Beschwerverrecht. Von einem Recht hier zu sprechen, ist eigentlich etwas phantastisch, besser drückt man sich dahin aus, daß dem Soldaten die Möglichkeit der Beschwerde gegeben ist. Diese Möglichkeit aber birgt für den Soldaten eine solche Fülle von Gefahren aller Art, daß er in der Regel davon Abstand nimmt, diesen Weg zu beschreiten. Die Auffassung militärischer Kreise über die Beschwerde kommt recht deutlich zum Ausdruck in einer Abhandlung des Professors Dr. Ernst Wacker über dieses Thema. Er sagt dort u. a.:

„Die Beschwerde enthält ganz regelmäßig eine Aufzeichnung gegen Maßnahmen des Vorgesetzten und gefährdet dadurch die Stellung des Befehlshabers; breitet sie sich aus, so kehrt sie das Subordinationsverhältnis ins Gegenteil um, die Kritik wird dann von demjenigen geübt, die in erster Linie verpflichtet sind, ihr Verhalten kritischer zu lassen. Das Beschwerverrecht ist daher ein normales Uebel, notwendig zur Bekämpfung des Unrechts, ein Uebel, weil ihm eine feste Gefährdung der Disziplin eigenmächtig ist.“

Solche Äußerungen darf man nicht respektieren, sondern man muß sie bekämpfen, um sie letzten Endes zu überwinden. In der jetzt abgeschlossenen Tagung des Reichstages beantragten daher die Sozialdemokraten abermals:

„mit möglichster Beschleunigung eine Reform des militärischen Beschwerverrechts herbeizuführen.“

Diesmal wurde der Antrag sowohl im Ausschuss, als auch im Plenum angenommen.

In einem gewissen Zusammenhang damit steht die Frage des Anstandens als Disziplinarstrafmittel. Wer im Felde mit freierem Arrest bestraft wird, kann statt eingesperrt, aufgehunden werden und zwar gilt zwei Stunden Anstehen für einen Tag Arrest. Ueber das barbarische dieser Strafen ist kein Wort zu verlieren und nur ein einziger Konteradversar fand sich im Ausschuss, der es fertigbrachte, diese Strafen als nicht entbehrlich zu bezeichnen. Die Sozialdemokraten beantragten:

„zu veranlassen, daß die Strafe des Anstandens im Felde und in der Marine beseitigt wird.“

Der Kriegsminister verhielt sich zunächst strikte ablehnend, der Antrag fand aber einstimmige Annahme. Währenddessen ist durch eine Verordnung des Kaisers das Anstehen in der Armee verboten worden.

Zurückziehung älterer Mannschaften

Die militärische Dienstpflicht endet mit der Vollendung des 45. Lebensjahres. Die Wehrordnung enthält aber die Einschränkung, daß während eines Krieges niemand aus dem Wehrverhältnis auscheiden kann. Bei der langen Dauer des Krieges stehen infolgedessen heute viele Landsturmmänner bereits im 48. Lebensjahr. Der Wunsch vieler alten Landsturmmänner, in die Heimat entlassen zu werden, ist begründet.

Im März 1916 brachten die Sozialdemokraten folgenden Antrag ein:

„Bei der Obersten Heeresleitung zu veranlassen, daß Mannschaften, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, in weitem Umfang als bisher, unter der Front verwendet werden.“

Dieser Antrag fand keine Mehrheit. — Beim nächsten Zusammenkunft des Reichstages im Oktober 1916, beantragten die Sozialdemokraten dann:

„daß die Jahrgänge 1869 und 1870, soweit und sobald sie das 47. Lebensjahr vollendet haben, aus dem Heeresdienst entlassen werden.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt und kam in folgender Antrag der bürgerlichen Parteien, denen der sozialdemokratische Antrag zu weit ging, angenommen:

„Die wehrfähigen Mannschaften, besonders solche mit großer Kinderzahl, der älteren Jahrgänge, soweit es aus militärischen Gründen angängig erscheint, für längere Zeit in die Heimat zu beurlauben.“

Die Erziehung der Soldaten ist bei den niederen Truppen im Frieden 24 im Kriege für mobil Truppen 30 St. pro Tag die Erziehung freier, in Besonderen untergeordneter Soldaten beträgt pro Tag 12 St. Waren diese Erziehungsbefugnisse schon an den unbeliebenlichsten so wurden sie noch Kriegsausbruch gerodet zu einer Masse von Unkultivierten aller Art. Die Kriegsbefehlshaber erließ eine strenge Bestimmung darüber, wann ein Soldat als mobil oder inaktiv anzusehen ist. So kam es, daß Truppen, die im Inlande standen, als mobil angesehen und einberufen wurden, während Truppen, die als Besatzungsmannschaften, als Besatzung im Feindesland standen, inaktiv waren. Kommt es doch noch vor, daß im Inländischen Garnisonen ein Teil der Truppen mobil, der andere inaktiv war! Die Verluste, ganz klar, unersetzliche Verluste zur Unterzeichnung zu schaffen, schlugen fehl. Im Inlande triffen die Sozialdemokraten bereits im August 1915 im Haushaltsausschuss den Antrag ein:

„Vorfälle zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegsbefehlshaber gewährt wird.“

wolle? Er ging an den Saum des Gartens, wo Otto mit dem Revolver in Richtung stand. Fische drehte sich um und wollte weitergehen. In dem Augenblicke trat ein Schuss und der junge Mann brach mit dem Ruf "Mutter" tot zusammen. Der Schuss war auf 15 Meter Entfernung abgegeben und hat den Körper vom Rücken bis zur Brust durchschlagen. Die Gründe des Erschossenen und auch Otto gingen hierauf zum Untersuchungs-Richt. Der Untersuchungs-Richt schickte den Toten und ließ eine Woche aufstellen. Ein Arzt wurde nicht geholt. Bei der Vernehmung erklärte der Täter, er habe Fische mit dem Revolver in den Rücken gestoßen und dabei sei der Schuss losgegangen. Diese Angabe erscheint sonderbar. Hoff jemand ausgerechnet ein Gewehr, um einen anderen damit nur zu stoßen? Und will glauben, daß weniger Verstand als Großmutter Lisjaks der Tod war. Otto war in Begleitung zweier Mädchen, die ihn haben, nicht zu schicken. Er wollte denen jedenfalls zeigen, daß er mit einem Gewehr umzugehen versteht. Und so ist das Schreckliche erfolgt. Anwohner behaupten, daß dort häufig geschossen wird. Der Täter Otto wurde nicht verhaftet.

Dieser traurige Vorgang wäre vermieden worden, wenn es ihm nicht möglich gewesen wäre, sich in den Besitz des Gewehrs zu setzen. Darum muß immer wieder die Wohnung erboten werden: Sorgt dafür, daß Kinder keine Schießwaffen in Hände bekommen.

Flotow. In einer heldenmütigen nichtsagenden Briefkastennotiz antwortet die Flotower Zeitung auf unsere notwendig scharfe Zurückweisung wegen ihrer höflichen, bodenlos leichtfertigen Anrempelung der Familie Bedmann. Etwas Sachliches vorweg das Blatt selbstverständlich nicht zu erwidern. Am Schluss seines häßlichen Bestimmungsmails meint es aber auffallend richtig: "Uebrigens wird nur gegebenenfalls die Angelegenheit geklärt werden." Das ist auch unsere Meinung. Die Flotower Zeitung hätte das nur früher einsehen und ihre die Familie Bedmann schädigende unverantwortliche Denunziation unterlassen sollen. Das wäre anständig und klug gewesen, wenn es auch weniger — „Dank“ gebracht hätte. Auf den muß es dem Blatt aber wohl sehr ankommen.

Gräuden. Eine behördliche Überwachung der Mietverhältnisse, wie sie in Danzig besteht, hat jetzt auch der hiesige Gouverneur angeordnet. Die Bestimmung geht dahin, daß eine Erhöhung der Mieten für alle Wohnungen jeder Art und Geschäftsräume der Mieteübernehmer und Handwerker nur insoweit zulässig ist, als die Vermieter im Vergleich zu den Kosten, die sie kurz vor Ausbruch des Krieges für die Wohnungen zu tragen hatten, noch veränderte Lage der Verhältnisse nachweislich höhere Mittel für übernommene Heizung, Treppenbeleuchtung, laufende Wohnungsinstandhaltung usw. aufwenden müssen. Endgültige Entscheidung hat in den einzelnen Fällen das Mietvertragsamt zu treffen. Für Zuwiderhandlungen ist Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre beim Bestrafung vorgesehn.

Amst. Berurteilt wurde von der Strafkammer Rittergutsbesitzer Louis Hammer auf Dombrowo zu einer Geldstrafe von 1200 Mk. und sein Inspektor Felix Borchardt zu 1000 Mk. Geldstrafe. D. hat dauernd beschlagnahmten Roggen geschrotet und an Pferde und Schweine verfüttert, ferner soll H. noch 3 Schrotmühlen benutzt haben, nachdem bereits ein Schließes dieser von der Behörde angeordnet war. Auch über den Verbleib von 600 Zentner Kartoffeln konnte H. keine genügende Auskunft erteilen.

Gewerkschaftliches

Der Verbandstag der Metallarbeiter

Lehnte am 27. Juni die von der Opposition Dittmann-Hamburg gewählte Trennung des Vorstandsberichts mit besonderer Beratung der Wahlung der Verbandsorgane zu den Kriegstagen ab. Die Zulassung eines Korreferenten zum Geschäftsbericht wurde ebenfalls abgelehnt. Ebenso lehnte der Verbandstag die Entlassung eines Berliner Korreferenten mit unbeschränkter Redezeit für die Berliner Deputierten-Resolution ab. Doch wurde allgemein die Heberer für den Vorstandsbericht von 10 auf 20 Minuten ausgedehnt. Der Verbandsvorsitzende H. Schlichte bezeichnete Dittmanns Antrag auf Trennung des Vorstandsberichts als einen Hebererfall! Trotz rechtzeitiger Veröffentlichung der Tagesordnung ist bisher keine Veränderung beantragt worden.

Am 29. Juni kam es zur Abstimmung über eine Resolution zum und Gewehren, in der die Haltung des Verbandsvorstandes gebilligt wurde. Diese Resolution wurde mit 64 gegen 55 Stimmen angenommen. Dagegen eine Resolution der Opposition mit 23 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Am 30. Juni, dem letzten Verhandlungstage, beschloß man einstimmig die Wiederherstellung der Schußbestimmungen für Frauen und Jugendliche. Ein Antrag Danzig, der die Uebernahme sämtlicher Gehälter auf die Hauptplätze forderte, wurde mit 60 gegen 57 Stimmen abgelehnt. In diesem Jahre zu wiederholender Erneuerung sämtlicher Angehörten, die der „demokratische“ Opposition forderte, wurde mit überwiegender Mehrheit abgelehnt. Den Angehörten wurde unter Zustimmung aller bisher gemachten Vorschläge, eine monatliche Lohnermäßigung von 125 Mk. bewilligt. Der Beirat wurde in der Weise erneuert, daß ihm Vertreter aus den Beiräten, je nach ihrer Größe, angeschlossen wurden. Der Vorstand und Ausschüsse wurden mit 51 Stimmen wiedergewählt. Die Opposition gab 35 gegen 11 Stimmen ab. Damit wurde ihre einjährige Kinderzahl richtig festgestellt. Der nächste Verbandstag ist im Juli.

Stellung der Berliner Straßenbahnen

Am 1. Juli (S. 1. u. 2.) Eine von 2000 Berliner bewohnte Bekannmachung von Angehörten der Großen Berliner Straßenbahn verlangt die Erhöhung der Standlöcher für Wagenführer und Schaffnerinnen um je 20 Pf. und weiter einen dreimonatigen Lohn in der Höhe. Die Verhandlungen mit der Direktion haben zu dem Ergebnis geführt, daß den Angehörten eine Monatszulage von 25 Mk. gewährt wird.

Aus der Partei

Die Frauenkonferenz für das Reich

Haben am am Sonnabend den 7. Juli vormittags 10 Uhr, im Bureau des Parteivorstandes, Berlin S.W., Lindenstraße 3, die Organisationen, welche die Forderungen vorgenommen haben, werden gebeten, den Delegierten Legitimationen auszustellen.

Den Bericht vom westpreussischen Parteitag können wir aus verschiedenen Gründen in der Reichswacht nicht abdrucken. Er wird jedoch in Broschürenform veröffentlicht werden.

Erfolge der Parteipresse

Unter Köpfer Parteipresse die „Reinische Zeitung“, hat unbewußt einen überraschenden Abonnentenzuwachs zu verzeichnen. Am 1. Juli traten 1200 neue Bezahler hinzu, womit

die Auflage den niedrigsten Stand während des Krieges von etwa 12 000 und die jemals erreichte Höchstzahl, während des Weltkrieges 1918, um annähernd 2000 übersteigt. Diese Erfolge sind ein Ergebnis der Haltung des Blattes, vor allem in der Friedensbewegung und in den Ernährungsfragen.

Wahlkreis aus der Fraktion

Der Reichstagsabgeordnete Rautke, der Abgeordnete für Bitterfeld-Delsdorf, ist aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgestiegen und hat sich den „Unabhängigen“ angeschlossen. — Wie seltsam und zu welcher sonderbarem Zeitpunkt doch „Ueberzeugungen“ gebildet werden.

„Unabhängige“ Sprengung einer Friedensversammlung

Am Sonntag sprach in einer außerordentlich gut besuchten Volksversammlung in Düsseldorf-Gerresheim der Abg. des Kreises Haberland, über Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die erschienenen Düsseldorf Unabhängigen suchten schon zu Beginn des Vortrages die Versammlung zu stören. In der Aussprache kamen nacheinander sechs Redner aller Schattierungen der Opposition zum Wort, während unsere Genossen verzichteten. Zum Thema der Friedensbewegung sprach aber keiner der Opponenten, sondern alle trantem die Parteilichkeiten aus. Als dann Haberland das Schlusswort erhalten sollte, verließen die Unabhängigen unter erheblichem Lärm den Saal. Durch die Treibereien der Unabhängigen wurde erreicht, daß die Versammlung resultatlos verlief.

Die „Unabhängigen“ und die griechische Gewalttat der Entente

Die gültige Milde, mit der die „Leipziger Volkszeitung“, das Zentralorgan der „Unabhängigen“, dem englischen Imperialismus alles verzeihend entgegenbringt, widmet das Blatt auch der gesamten Entente wegen der Vergewaltigung Griechenlands. Die „L. B.“ faßt ihre Meinung in einem längeren Artikel am 13. Juni so zusammen:

„Der Rädtritt Konstantin ist also nicht freiwillig erfolgt, sondern er wurde von den Schutzmächten — Großbritannien, Frankreich, Rußland — erzwungen. Griechenland steht, woran bei dieser Gelegenheit erinnert werden mag, seit dem Jahre 1827 unter dem Schutze dieser drei Staaten. Die jetzige Dynastie, die dem dänischen Hauke Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg entstammt, wurde von ihnen im Jahre 1863 eingeführt. Ob die Schutzmächte das formelle Recht haben, die Abdankung eines ihnen nicht genehmen Königs zu erzwingen, läßt sich bezweifeln; jedoch steht die Macht auf ihrer Seite und die ist jetzt ausschlaggebend. Im übrigen: wer diesen Staaten schon das Recht einräumt, Könige zu machen, darf ihnen auch nicht verwehren, sie daanzuklagen.“

Wenn man das liest, so muß man sich unwillkürlich fragen, ob das etwa ein geriffener Anwalt der Entente verbrochen hat? Dies ist doch eine glatte Verteidigung der Brutalisierung des Griechenvolkes durch die Gewaltmenschen der

Bekanntmachung.

Nr. WI 1770 bis 1772 5. 17 KRA. Kst. Id Nr. 246 g.

Am 1. Juli 1917 treten folgende 3 neue Bekanntmachungen in Kraft:

1. WI 1770/5. 17 KRA. betreffend Beschlagnahme von reiner Schafwolle, Kamelharen, Mohr, Alpaka, Kaschmir sowie deren Halb-erzeugnissen und Abgängen.
2. WI 1771/5. 17 KRA. betreffend Beschlagnahme und Bestands-erhebung der deutschen Schafschur und des Wollefallens bei den deutschen Berbereten.
3. WI 1772/5. 17 KRA. betreffend Beschlagnahme und Höchstpreise von Tierhaaren, deren Abgängen und Abfällen sowie Abfällen und Abgängen von Wollfellen, Haarfellen und Pelzen.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Regierungs- und in Kreisblättern sowie an öffentlichen Anschlägen einzusehen. Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg, den 1. Juli 1917. [157]

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Der kommandierende General.

Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn. Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.



Uhren

mit 3jähriger schriftl. Garantie
Große Auswahl
in Silber- u. goldenen Damen- u. Herrenuhren
Werkstätten in allen Preislagen

S. Lewy Nflgr.

Uhrmacher, nur Breitgasse 28. 159

Wir empfehlen...
Nikola Steppner B.B.C.
Schöner, beste Konstruktion. Nicht Supplisch wie Maximaler Leber in beiden. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Auszeichnungen. Preis Mk. 2.50 mit Nachlieferung und Leinwand. Versandt und postfrei in Liefernungen. Käuflich oder direkt durch Joh. Zucker Stuttgart-Botzang.

Gute Volks- und Jugendbücher

zum Preise von 10—50 Pfennigen empfiehlt
Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Wann? Wenn man dagegen bedankt, was „unabhängig“ Entstellung alles über Belgien geschrieben und gesprochen. Aber dabei handelt es sich ja auch bloß um — Deutschland, sie ja auch lieben.

Schweizer Parteipaltung

Bern, 21. Juni. (Schweizerische Depeschen-Agenten) Neue sozialistische Nationalräte erwählen in der Presse folgende Erklärung: „Der Parteitag in Bern vom 10. Juni 1917 um die Ansicht zuerlegen, die Landesverteidigung grundsätzlich abzulehnen und Militärkredite zu verwerfen. Wir sind dieselben Sozialdemokraten, ebenso sind und bleiben wir Sozialnationalisten. Eine Verpflichtung aber, die unserer Sozialdemokratischen Ueberzeugung widerspricht, lehnen wir mit Entschiedenheit ab.“

Soziales

Riefger Konsumverein-Steuerprozeß gewonnen.

Einen Steuerprozeß um nicht weniger als 356 548,60 Mk. der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg gewonnen. Im Jahre 1910 führte Hamburg eine Ausnahmesteuer Konsumvereine ein. Die „Produktion“ änderte darauf ihre Organisation in eine G. m. b. H., um die sich verpflichtete, dem Konsumvereine Waren in einem bestimmten festen Rabatt zu liefern. Trotz wurde diese G. m. b. H. 1911 mit ihrem Gewinn zur Konsumvereiner Sondersteuer herangezogen und ihre Klage auf Freistellung blieb in allen Instanzen vergeblich. Für die Jahre 1912 bis 1913 mußte die „Produktion“ für die Gewinne der G. m. b. H. nicht weniger als 356 548,60 Mk. Steuern zahlen. Im Vertrauen auf ihr Recht klagte sie aber erneut auf Freistellung und ist jetzt mit Klage beim Landgericht, wie beim Oberlandesgericht durchgedrungen. Da der ganze Handelsbetrieb auf die G. m. b. H. übergegangen könne die Genossenschaft „Produktion“ nicht mehr als Konsumverein im Sinne des hamburgischen Steuergesetzes angesehen werden. Zu Unrecht erhobene ungeheure Steuerbeiträge muß also zurückgefordert werden. Das „Hamburger Echo“ fügt seiner Mitteilung die Bemerkung hinzu:

„Durch dieses Urteil wird ebenso sehr dem Rechtsempfinden wie den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen. Mögen alle sozialen Fragen stets Richter finden, die, hier Landgericht und Oberlandesgericht, unbeirrt von Rückblicken auf fiskalische Interessen oder auf Sonderbestrebungen einzelner wirtschaftlicher Gruppen mit weitem Sinn und gerechtem Urtheil das Richtige zu finden wissen!“

Orteffaktionen

R. U., Petershagen. Ihre Frage können wir nicht beantworten. Wenn Sie etwas Näheres über das „unabhängig“ Königsberger Blatt wissen wollen, müssen Sie sich an eine Adresse wenden. Im übrigen haben Sie recht, wenn Sie meinetwegen das Klassenkampf gegen die bürgerliche Gesellschaft in „revolutionären“ Organen keine Spur zu entdecken ist. Das ist natürlich auch für seine Haltung zur Lebensmittelpolitik Danzig. Sollten Sie etwa etwas anderes von dem neuen Blatt erwarten? Wir nicht.

Es liegt Veranlassung vor, die Bekanntmachungen vom 25. August 1916 und 6. April 1917 betreffend Annäherung Kriegsgefangener hiermit nochmals zur öffentlichen Kenntniss bringen. Zuwiderhandlungen werden unnachsichtlich bestraft.

Die zunehmende Sorglosigkeit und Nachlässigkeit der Bevölkerung im Verkehr mit den Kriegsgefangenen, wodurch Ueberwachung der Letzteren sehr erschwert wird und eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit entsteht, läßt es geboten erscheinen. Grund des § 9b des Gesetzes vom 4. Juni 1854 für den gesamten Reichsbereich des Stellvertretenden 17. Armeekorps einschließliche Festungen über den Verkehr mit Kriegsgefangenen unter Aufsicht der Verordnung vom 29. November 1915 anzuordnen:

§ 1. Verboten ist jede nicht durch die Arbeitsbeschäftigung bei Annäherung an Kriegsgefangene während und außerhalb der belagerten besonders auch an Sonn- und Feiertagen, jeder nicht die zuständige Ueberwachungsstelle führende Briefwechsel mit Kriegsgefangenen und jedes Betreten des Gefangenenlagers oder der Lagerstellen ohne Ausweis. Von letzterem Verbote sind ausgenommen der Arbeitgeber und dessen ausdrücklich Beauftragte.

§ 2. Verboten ist, an Kriegsgefangene unbefugt Lebensmittel, Verbrauchsgüter, insbesondere:
a) Kleidungsstücke und Genussmittel,
b) Geld,
c) Streichhölzer, Feuerzeuge oder feuergefährliche Gegenstände,
d) Waffen, Munition oder Werkzeuge, namentlich solche zur Benutzung bei einer Flucht geeignet sind,
zu verkaufen, zu übergeben, ihnen zur Beschaffung dieser Gegenstände behilflich zu sein oder irgend welche Gegenstände von den Kriegsgefangenen zu kaufen oder von ihnen als Geschenk anzunehmen.

Nur im Beisein eines Wachmannes und mit dessen ausdrücklicher Genehmigung darf das Betreten von Geschäftsräumen und Kauf von Kleidungsstücken, Lebens- oder Genussmitteln seitens Kriegsgefangener gestattet werden. Die Verabreichung oder Beschaffung von Alkohol an Kriegsgefangene ist unter allen Umständen verboten. Es darf auch Kriegsgefangenen das Betreten eines Schenklokals gestattet werden.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Verbote werden, sofern die bestehenden Gesetze oder Verbote keine höheren Freiheitsstrafen androhen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 bestraft.

§ 4. Die Namen derjenigen Personen, die wegen Vergehens dieses Verbot bestraft werden, werden von dem unterzeichneten Stellvertretenden Generalkommando veröffentlicht.

§ 5. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg, 25. August 1917.

Am jedem Zweifelp hinsichtlich der Auslegung des Gesetzes vom 25. August 1916 betreffend Annäherung an Kriegsgefangene, wird hiermit auf Grund des § 9b des Gesetzes vom 4. Juni 1854 im Interesse der öffentlichen Sicherheit angeordnet, daß Bestimmungen des genannten Verbotes im Verkehr mit allen Kriegsgefangenen in Gefangenenshaft gerathenen Untertanen (einschließlich hiesiger, insbesondere sogenannter Zivilgefangener und den hiesigen des Sanitätspersonals und der Geistlichkeit gelten.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg, 6. April 1917. Der kommandierende General des Stell. XVII. Armeekorps. Die Gouverneure der Festungen Graudenz, Thorn. Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Echt gefädelten Schnupftabak

garant. rein.
Julius Gosda, Kohltabakgroßhandlung und Schnupftabakfabrik, Danzig, Alte Gütergasse 5 u. 2, Priesterstraße 5, Fernspr.

Der Kaiser aber kam oder will eine solche Bestimmung nicht führen; er hat sich von der politischen Führerschaft der Nation stets zurückgehalten. Das Reichsgesetz treibt vor den Augen im Sinne. Vor dem Könige und vor dem Lande muß es offen ausgesprochen werden: Eine solche Politik bringt höchste Gefahr, sie erschüttert in dem Weltkrieg die Grundfesten des Thrones.

Im Interesse der deutschen Nation haben die Vertreter des allpreussischen Landtages, wertvoll für die unerbittlichen Angriffe auf das im Weltkriege die deutsche Nation beherrschende Eingeborene Volk für die Mittel gegen den Krieg und den seiner politischen Maßnahmen während des Krieges. Der Herr Graf, der über den Gang der Verhandlungen so wertvoll ist und noch nicht einsehen kann, daß die herrliche Hochmildezeit längst dahin ist, haust in westpreussischen Urwald im Kreise Rosenbergs. Zufällig sehr dicht neben seinem großen Vorhilde Graf von Dönhofsburg, Janinau dem Anführer des Parteienstreits.

Vollrechte und Kriegsstreife

Zu diesen Fragen führte Genosse Ebert am 3. Juli im Hauptsaal des Reichstages aus:

Herr Ebert (Soz.) wies auf die Gefahr hin, daß wir einen Winterfeldzug erleben könnten. Das sei für alle Völker ein fürchterlicher Gedanke. Dann ging er auf die Zustände in unserm eigenen Lande ein, wobei er sich besonders scharf gegen die unangelegenen Maßnahmen in der Ernährung und in der Rohstoffversorgung der Bevölkerung wandte. Eine Hoffnung bestehe noch, daß wir noch in diesem Jahre zum Frieden kommen könnten; Kustand offenbar sei es den weitesten Auslands, erst mit der Forderung, endlich Frieden zu machen ohne Kriegsschadigungen und Erwerbungen. Auch heute noch sei keine Partei der Ansicht, daß es Pflicht der Regierung ist, hier und bestimmt ohne jede Einschränkung die Zustimmung zu dieser Forderung zu geben. Ebenso notwendig sei es, daß die Regierung ihren Verpflichtungen in Bezug auf die Neuorientierung endlich Folge lasse. Auf den Bürgerkrieg könne keine Rücksicht mehr genommen werden; gerade diejenigen, die sich am eifrigsten gegen jede Verbesserung unserer Verhältnisse äußern, achten am allerwenigsten auf den Bürgerkrieg. Die Wahlrechtsfrage müßte endlich gelöst werden, und zwar sei hier entscheidend die Wahlrechtsfrage in Preußen. Redner wies auf die Umgestaltung in den heutigen Wählern hin, in der gut konserervative Männer eine Veränderung des preussischen Wahlrechts fordern. (Zuruf von den Konserwativen: Es handelt sich nicht um konservative Männer!) Zuruf von Dr. David: Welch eine verabschiedete Widerlichkeit haben Sie, wenn Sie selbst diese Kreise nicht mehr als die Jünger in Anspruch nehmen können! Auf welchem Wege in Preußen endlich das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingeführt werde, sei nicht entscheidend; staatsrechtliche Bedenken kommen nicht in Frage. Nur müsse sofort erhandelt werden. In den Kreisen des preussischen Abgeordneten- und Herrenhauses werde vielfach die Befürchtung von dem Gesichtspunkt aus betrachtet, daß es eine Legelei wäre, wenn die Herren den Akt abließen würden, auf dem sie liegen. Die Regierung müsse gefragt werden, wie sie sich zu der Kriegszielfrage und zu der Forderung einer Neuorientierung stellt.

Anfragen im Reichstag

Herr Schiffer (nack.) stellt die Frage: Ist der Herr Reichsanwalt bereit, den durch den Prozeß Kupfer entfallenden Vorgänge zummindest bis zum Beschluß des Reichstages vom 20. Dezember 1915 und 26. März 1917 zu entsprehen und unverzüglich und mit schärfster Kraft Maßnahmen zur Einziehung unzulässiger Kriegsgewinne herbeizuführen?

Herr Kuchhoff weist auf den Kohlenmangel hin und fragt den Reichsanwalt, ob er bereit sei, wirkliche Maßnahmen zu treffen, so daß durch Nationalisierung, Winküste mit Hindernisse, besonders an Kriegsfrauen, durch Anlage von Kohlenlagern in solchen Städten und durch Regulierung des Handels vor allem die armen Verbraucher im nächsten Winter vor Not geschützt werden.

Die Kriegsbeschädigten und die Heeresleitung

Von zuständiger militärischer Seite wird mitgeteilt, daß die Heeresleitung dem bekannten Aufruf des Ausschusses für die Kriegsbeschädigtenvorfürsorge völlig fernsteht. Schon im Reichstag sei erklärt worden, die Heeresverwaltung halte es für ihre heiligste und vornehmste Pflicht, für die Kriegsbeschädigten und deren Angehörige, soweit es irgend in ihren Kräften liegt, zu sorgen. Die Kriegsbeschädigten und deren Angehörige müßten so geliebt werden, daß der einzelne vor Not geschützt ist. Jetzt schon besteht neben der staatlichen Versorgung eine Zufugrente. Die gewöhnliche Rente sei abhängig vom Dienstgrad, die Zusatzrente aber solle einen Ausgleich zwischen der Rente und dem früheren Verdienst des Beschädigten. Diese werde gewährt aus Kapitel 54a des Reichshaushaltsplans. Hierzu habe der Reichstag einen Fonds in unbefristeter Höhe zur Verfügung gestellt. Die Regierung ist weiter eifrig am Werk, alle Härten im Mannschaften- und Offiziersversorgung, sowie in Hinterbliebenen-Geld zugunsten der Beschädigten und Hinterbliebenen zu beseitigen. Die Heeresverwaltung stehe auch auf dem Standpunkt, daß das Reich keinesfalls durch Sammlungen, wie sie im Reichsaussschuß für die Kriegsbeschädigtenfürsorge eingeleitet hat, in der Erfüllung der ihm nicht nur gesetzlich, sondern auch ethisch gebührenden Verpflichtung gegenüber den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen entlastet werden soll. Diesen Standpunkt teile auch der Reichsaussschuß.

Das ist alles sehr schön und recht, aber wie kommt es dann, daß völlig unverantwortliche Ober des Weltkrieges sich mit einer gewissen Rente von 67,50 M. begnügen müssen? Nicht das die Kriegsbeschädigten vor Not schützen? (B. 172.)

Flugblattverbot

Der „Unabhängige“ Dittmann fragt im Reichstage: Ist Herr Reichsanwalt bekannt, daß das Generalkommando in Leipzig verboten hat, zwei Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, betitelt: „Die Wahrheit über die Friedenspolitik der Regierungsozialisten“ als Flugblatt zu verbreiten? Bittet der Herr Reichsanwalt die Parteiführung zugunsten einer einzelnen politischen Partei, die es gedenkt er zu tun, um die ungeschicklichen Erörterungen der Tages- und Friedensfragen gegen solche Eingriffe militärischer Behörden sicherzustellen? — Der einst begeisterte Kreditminister Dittmann ist ein ganz — „Christlicher“!

Diese „Wahrheit“ des „Unabhängigen“ Zentralorgans besteht, wie Scheidemann im Reichsaussschuß, unangewidert sogar in der „Leipziger Volkszeitung“, nachgewiesen hat, den unfaubersten Entstellungen, die der gewissenlosesten Friedenspolitik dienen, die bisher für die Entente geliefert wurde.

Den internationalen Deutschschwärmern

Theodor Wolff, der Chefredakteur des „Berliner Tageblatt“, in seiner letzten Montagsbetrachtung interessante Behauptungen:

Lafage, von Dr. Soli die englische Verlobung gegen die weiße Rasse moralisch entkräftet, besprochen habe, mit seiner Ironie. „Wenn das Stinnes“ bemerkt er, „seinem Namen gerecht wird, so lahorcht es ohne Reflexion, sozusagen seinem kategorischen Imperativ, daß er beim Vollen des Hypothekens (Gehobenen) das Weltrecht ist.“

„Wenn das Stinnes“ bemerkt er, „seinem Namen gerecht wird, so lahorcht es ohne Reflexion, sozusagen seinem kategorischen Imperativ, daß er beim Vollen des Hypothekens (Gehobenen) das Weltrecht ist.“

„Wenn das Stinnes“ bemerkt er, „seinem Namen gerecht wird, so lahorcht es ohne Reflexion, sozusagen seinem kategorischen Imperativ, daß er beim Vollen des Hypothekens (Gehobenen) das Weltrecht ist.“

Sonderbare Neuordnung

Dresden, 3. Juli. (B. T.) Die sächsische Regierung lehnte endgültig die Fortsetzung der Verfassungsreform in der sogenannten Kommission nach der Verlegung des Landtages ab. Der Kommission ist gegeben. Die Mehrheit, Liberale und Sozialdemokraten, bezieht eine Gegenmaßnahme vor.

Zwangsverziehung zu guter Bestimmung

Preussische aus großer Zeit.

Ein ungeheurer Fall politischer Susse wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Juristkreisen mitgeteilt. Der minderjährige Arbeiter L. hatte sich durch radikale Agitation unter der Elberfelder Arbeiterjugend hervorgetan und sich auch an Teuerungsdemonstrationen beteiligt. Daraufhin teilte der Oberbürgermeister von Wismar und das dortige Vormundschaftsgericht das Fürsorgeverziehungsverfahren gegen ihn ein.

Das Landgericht lehnte die Verziehung des jungen L. in Fürsorgeverziehung ab, weil selbst überspannte oder gar gemeinschaftliche politische Bestimmung und ihre Verdingung nicht als sittliche Mängel anzusehen seien; außerdem würde die Fürsorgeverziehung in diesem Falle ganz gewiß keinen Erfolg haben, sondern den davon Betroffenen nur um so verächtlicher und gesellschaftsfeindlicher machen. Auf eine Beschwerde des Oberbürgermeisters hat jetzt das Kammergericht diese vernünftige Entscheidung aufgehoben und zur Begründung erklärt, es sei Sache der verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß auf den Minderjährigen in nationalem Sinne eingewirkt werde. Die Befehl einer ständigen Bewachung sei ohne weiteres gegeben, wenn der Minderjährige dem Vaterland entfremdet oder gar feindselig gesinnt werde.

Soweit der Tatbestand! Man hat uns Sozialisten aufgefordert, dem Land zu sagen, daß wir die freihändlerischen Zustände in der Welt besitzen. Und nun das! Man hat uns vorgeworfen, daß wir unser Vaterland, zumal das preussische, schlecht gemacht und dadurch den Gegnern Waffen geliefert hätten. Nein, wir würden dem Ausland Waffen gegen das ganze deutsche Volk liefern, wenn wir Fälle, wie diesen, stillschweigend hinnehmen!

Dieser Fall ist geradezu ein Hohn auf die dem Volke für seine gewaltigen Kriegsoffer versprochene politische Neuordnung.

Arztzeug

Berlin, 2. Juli. In dem Eisenwerke Hüttenbüsch in Oelsch, ebenfalls in Hindenburg, fanden erhebliche Krawalle statt. Als Grund werden Unzufriedenheiten angegeben. In beiden Drien wurde das Militär zur Unterdrückung herangezogen werden. Beschäftigten wurde nicht. Zurzeit herrscht Ruhe. Das Generalkommando verbat alle Versammlungen, die eine weitere Aufregung begünstigen könnten. Nach den vorliegenden Meldungen sollen die Krawalle durch Heber angeführt sein, die vor allem aus dem Westen dorthin zugezogen sind.

Die aus Stettin kommenden Gerüchte betreffend die Lebensmittelverordnung nach dem Auslande sind gänzlich unbegründet. Am Waffengebrauch seitens des Militärs ist es in Stettin nicht gekommen.

Berlin, 2. Juli. In einzelnen Stellen haben, wie schon berichtet wurde, Straßentrümpfe stattgefunden, die mit der Lebensmittelknappheit zusammenhängen. Wenn aber die Feinde daraus weitergehende Schlüsse ziehen und Hoffnungen auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands schöpfen sollten, so werden sie sich bitter täuschen. Überall ist die Ruhe schnell und ohne schärferes Eingreifen des Militärs wiederhergestellt und selbst die Ausschreitungen, die vorgekommen sind, wären wohl unterblieben, wenn nicht ausländische Agenten bei der Verbreitung solcher Gerüchte und bei der Aufregung der Bevölkerung mitgewirkt hätten. Eine solche Teilnahme von Ausländern ist in Stettin und Düsseldorf, aber auch in Oberschlesien, wo ebenfalls leichte Krawalle entstanden sind, festgestellt worden. Das Bewußtsein, auf Anregung von Feinden für die Feinde tätig zu sein, wird weitaus die Radikalsten künftig überall im Zaume halten. Ferner dürfte die auf ausländischen Agenten die schnelle und scharfe Justiz des Düsseldorfer Kriegsgerichts abschreckend wirken. Jedermann im deutschen Volke sollte sich bewußt sein, daß jetzt die Augen der Feinde gespannt auf unsere wirtschaftliche Durchhaltekraft gerichtet sind und daß jede Verfeinerung des Unmuts den Gegner neue Hoffnungen erweckt und deshalb mehr als alles andere den Krieg verlängert.

In einzelnen sei noch zur Ergänzung der bisherigen amtlichen Meldungen das Folgende verzeichnet: In Düsseldorf waren an den

Frankfurter Zeitung, die die Lebensmittelverordnungen, besonders halbwüchsige Bürger, Frauen und Kinder befreit. Bezeichnend für die Beweggründe und die Stimmung der Tumultuanten ist, daß diese es besonders auf die Alkoholorräte abgesehen hatten, während die Lebensmittel einfach auf der Straße verstreut wurden und verdrängt. Das Militär, das in Düsseldorf überhaupt nicht eingeschritten, wurde durch die Militär herangezogen, hat aber von den Tumultuanten keinen Gebrauch zu machen brauchen. Die Gerüchte über die und andere Verordnungen sind völlig haltlos. Ebenso kann nochmals berichtet werden, daß nicht Wahres an dem Gerüchte ist, monach die Aufstellungen nach dem Auslande abgegangen sein sollten. Die Polizeistunde ist auf 10 Uhr hinausgeschoben und die Bestimmung, daß Kinder sich nach 7 Uhr nicht auf der Straße aufhalten dürfen, aufgehoben worden. Auch in Gelmik und Hindenburg herrscht jetzt Ruhe. In ihrer Wiederherstellung hat das Militär eingegriffen, aber nicht von der Schusswaffe Gebrauch gemacht.

Die polnische Sprache in den Schulen

Die Einführung des polnischen Schulunterrichts für polnische Kinder, von der in der letzten Zeit in der Presse die Rede gewesen ist, beschränkt sich nach einer neuen Mitteilung der „Nordd. A. Z.“ auf eine Erweiterung des polnischen Religionsunterrichts. „Nunmehr soll“ — man denke! — „auch ohne besonderen Antrag der Beteiligten überall da, wo von den in die Schule eintretenden Kindern ein Teil der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig ist, für diese Kinder auf der untersten Religionsunterricht in polnischer Sprache eingeführt werden.“

Diese „Reform“ geht von der Voraussetzung aus, daß Kinder nur in der Religion als dem offenkundigsten Gegenstand in einer ihnen verständlichen Sprache unterrichtet werden müssen, nicht aber in den so viel weniger wichtigen weltlichen Dingen.

Da diese „Reform“ wohl auch in der polnischen Presse nicht untrüßert bleiben dürfte, wird die Satiristenpresse demnächst wieder einen Beweis dafür haben, daß Zugeländnisse nur Begehrlichkeiten sind und daß Entgegenkommen nichts anderes findet als schändlichen Unfand. (B. 172.)

Konservatives Geständnis

Im „Reichboten“ nimmt ein Konservativ die Junker folgendenmaßen in Schutz:

Aber die Junker nehmen doch stets ihr Parteiinteresse wahr? Für sie kommt doch die Landwirtschaft immer zuerst? Man wundere sich, diesem Vorwurf gerade im Munde der Parteien zu begegnen, die ihre Interessen genau ebenso verteidigen. Wie tritt die Sozialdemokratie (in ihrer Weise) für die Arbeiter ein — ist das an sich verwerflich oder unbillig? Wie sind die Freisinnigen darauf bedacht, die jüdischen Börrentreue vor Angriffen und Steuern zu schützen! Warum sollen denn die „Agrarier“ allein nicht dies Recht haben?

Der ehrliche Verfasser überieht, daß Arbeiter in Sinne der Sozialdemokratie nicht durch geistige oder körperliche Arbeit Werte schaffende Menschen sind. Dies bilden die ungeschulte Masse des Volkes. Aber die Junker sind eben die Junker, das heißt eine kleine herrschende und bevorzugte Minderheit.

Außerdem: die Sozialdemokratie begreift ganz gut, daß die Junker ihre Interessen vertreten, und findet das nur menschlich. Verwerflich und unbillig ist es erst, wenn die Interessen einer kleinen Minderheit jenseit einer großen Mehrheit vorangestellt werden, und das bekämpft die Sozialdemokratie.

Ist die Sache nun klar? (B. 173.)

Die Freiheit der Presse

Die „Frankfurter Zeitung“ teilt mit: „Aus Gründen, die sich, wie wir gestern schon meldeten, öffentlicher Bekanntgabe entziehen, sehen wir uns veranlaßt, den politischen Teil bis auf weiteres ohne eigene Neuansatzung erscheinen zu lassen. Redaktion und Verlag der „Frankfurter Zeitung“.

Datum: 27. Juni 1917. (Siebenundzwanzigster Tag des ersten Monats des dritten Jahres des Weltkriegs!) (B. 175.)

Vermehrung der Reichstagswahlkreise

Berlin, 30. Juni. Ueber die kommende Tagung des Reichstages schreibt die alldeutsche „Deutsche Zeitung“: „Wenn nicht alles täuscht: ist übrigens von dieser Tagung noch eine besonders wichtige Tat zu erwarten: Die Vermehrung der Reichstagswahlkreise um 30 eventuell unter Einführung des Proporz für die neuen Mandate. Der Reichsanwalt des Deutschen Reiches hat sich perfühlich für diese Aufgabe energisch eingesetzt mit dem Hinweis, daß der Reichstag keine gute Figur machen wird, wenn er ohne irgend einen positiven Beweis der Neuorientierung wieder auseinandergeht. Er hat sich dabei in einer Sitzung des Bundestratsaussschusses für auswärtige Angelegenheiten in Gegensatz gestellt zu der von anderer Seite erhobenen Forderung einer nüchternen und weniger eifertigen Behandlung der Neuorientierungsfrage. Vielleicht wird ihnen sogar eine besondere Freude bereitet durch die schleunige Inangriffnahme der Mecklenburgischen Verfassungsreform, die er ebenfalls als ein Ziel aufs Innigste zu wünschen bezeugte. Es ist jedenfalls ein schönes Bild, daß die Reichsregierung bezw. ihr zweiter Beamter mit solcher freundschaftlichen Fürsorge für die Agitationsbedürfnisse gewisser Reichstagsparteien blickt.“

Es ist überaus bemerkenswert, daß die beherrschende freisinnige Regierung dem alldeutschen Verbande und seiner „Deutschen Zeitung“, obwohl beide bekannlich für „freihändlerische“ Eroberungen schwärmen, aus tiefstem Herzen verhaßt sind.

Stettiner Gerüchte

Den Stettiner Zeitungen ist am Freitag nachstehende Mitteilung vom Generalkommando zugeandt worden:

„Es ist zur Kenntnis des Stellvertretenden Generalkommandos gelangt, daß in Stettin Gerüchte verbreitet wurden, nach denen Schiffsloadungen mit Kartoffeln, Getreide und Munition auf unehrlich Weise aus dem Stettiner Hafen in das neutrale und feindliche Auslande gelangt seien.

Diese Gerüchte sind unwahr und können nur in der Absicht verbreitet werden, um eine unruhige Stimmung in der Bevölkerung hervorzurufen.

Das Stellvertretende Generalkommando weist darauf hin, daß Verbreiter solcher Nachrichten sich ernstlichen Folgen aussetzen.

Der Stellvertretende Kommandierende General, gez. Freiherr von Vietinghoff.“ (B. 176.)

Hierzu zwei Beilagen.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig. Verlag, Volksrecht J. Gehl u. Co., Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, S. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Freymann

Danzig-Kohlenmarkt

Nur soweit Vorrat!

Seiden-Voile 6⁷⁵
in verschied. Farben, Meter

Nicht an Wiederverkäufer

Seidenstoffe

Danzig-Kohlenmarkt

Mengenabgabe vorbehalten!

Crepe de chine 10⁵⁰
versch. Farben, Meter

Schotten und Streifen für Blusen	Meter	3 ²⁵
Schotten schwere Qualitäten	Meter	4 ²⁵
Brokat für Cravatten und Besätze	Meter	4 ²⁵
Streifen schwere Qualität für elegante Blusen	Meter	4 ⁷⁵
Bestickte Seidenstoffe	Meter	4 ⁷⁵
Japon-Seide moderne Druckmuster	Meter	8.50 6 ²⁵
Bestickte Seidenstoffe doppelbreit	Meter	7 ⁷⁵
Blusen-Seide 70 cm breit, elegante Streifen	Meter	6.75 4 ⁷⁵

Taffet Paillette Messaline ca. 86 cm breit	Meter	7 ²⁵
Taffet elegante Qualität für Kleider	Meter	12 ⁰⁰
Mantel-Seide imprägniert, schwarz und moderne Farben	Meter	19 ⁷⁵
Kunstseidene Schotten 70 cm breit	Meter	5 ²⁵
Kunstseidene Schotten doppelbreit	Meter	6 ⁷⁵
Seiden-Voile moderne Druckmuster	Meter	9 ⁵⁰
Kleider-Seide doppelbreit, moderne Karos	Meter	9.25 8 ⁰⁰
Eolienne doppelbreit in dunklen Farben	Meter	8 ⁷⁵

Handtaschen-Bügel 95
schwarz und weiss

Kurzwaren-Stickereien

Handtaschen-Ketten 50
mit 2 Karabinern

Druckknöpfe gute Qual., schwarz und weiss	Dutzend	15.5
Nähnadeln lang	25 Stck im Brief	6.5
Stecknadeln Stahl	200 Stck aufgesteckt	16.5
Sicherheitsnadeln	sort., schwarz u. weiss 12 Stck	10.5
Haarnadeln lackiert	Pa k	2.5
Lockennadeln lackiert	Pa k	2.5
Kragenstäbe	Seide umspinnen, schwarz und weiss, alle Längen Dutzend	20.5

3 Paar starke Schuhsenkel 120 cm lang	50.5
3 Paar starke Schuhsenkel 100 cm lang	35.5
Tresse Kunstseide, ca. 3 1/2 cm breit, viele Farben	Meter 45.5
Strumpfhalter-Verschlüsse m. Celloloid u. Gummi-Ers. Paar	18.5
Strumpfhalter für Kinder, sehr haltbar	Paar 55 45.5
Strumpfhalter für Damen, mit Seide durchwebt	Paar 1.15 65.5
Hosenknöpfe gross	Dutzend 3.5
Leinenzwirn schwarz und weiss	3 Rollen 14.5
Stopfgarn Kunstwolle, grau und schwarz	15.5
Stahlstecknadeln	50-Gramm-Dose 26.5
Schwabacher Haarnadeln	m. weicher Spitze Brief 5.5

Stirn- u. Haubennetze alle Farben,	2 Stück	12 ⁵
Lampenschirmringe mit Schieber	alle Grössen	25.5
Lampenschirmgestelle	verschied. Formen u. Grössen, gute Qualität	1.25 95.5
Stickereien	ca. 8 cm breit . . . 230 Meter für	45.5
Batiststickereien	Schweizer Qual., schmal 4,10 Meter für	95.5
Madapolam-Stick	vorzügl. Qual., ca 8 cm breit . . . 4,10 Meter für	150
Stickerei-Volants	farbig zum Anähen mit Ein- u. Ansatz, Meter	175

Reir. seid. Bänder f. Haarschleif.

ca. 4 cm breit ca. 6 cm breit
5 Stck 95.5 4 Stck 95.5

Stickereien mit kleinen Webefeldern, Batist, Madapolam und Mull, Einsätze u. Spitze . . . Stück 95.5

Lockenwickel Stahl	Stück	2.5
Wäscheknöpfe	gute Qualität, 14, 16, 18" Karte	10.5

Taffetband	schwarz ca. 8 cm Meter 60.5 11 cm breit Meter 90.5
Moderne Knöpfe	Karte 1-2 Dtzd. Karte 45.5 25.5 15.5

Schürzen * Untertailen

Teeschürzen bunt Satin und Cretonne	2.25 1.50 95.5
Spitzenschürzen aus farbigen Borden und Spitzen gearbeitet, mit Trägern	2.30 3.75
Teeschürzen weiss Batist	3.50 2.50 150
Wiener Schürzen bunt Satin, Bolcke-Muster	4.25 350
Wiener Schürzen weiss Batist, eleg. Ausführung	575
Untertailen mit Stickerei, versch. Ausführung	95.5
Untertailen Batist und Voile, reich gestickt	190
Unterröcke Surkeron weiss	8.00 7.00 475
Badeanzüge rot und gestreift	160

Trikotagen

Netzjacken	1.15 1.00 90.5
Macojacken	1.60 1.35 10
Macohemden porös	1.50 275
Macohosen porös	2.65 220
Macohosen glatt	2.50 195
Damenschlüpfer m. Gummi	1.80 125
Damenschlüpfer Kunstseide	925
Damenschlüpfer reine Seide	14.50 1050

*** Wollwaren**

Damen-Untertailen gestrickt, etwas angestäubt	1.95 1.50 95.5
Damen-Untertailen 1/2 Wolle, mit 1/4 Arm	2.75 1.35 100
Damen-Untertailen Vigogne, weiss 1/2 Arm	175
Damen-Untertailen Maco, ohne Arm	95.5
Kinder-Ueberzieh-Jäckchen Wollflausch	2.50 1.95 150
Kinder-Capes Wollflausch	3.50 300

Handschuhe

Glace Damen, 2 Druckknöpfe	2.45 190
Ziegenleder für Damen, 2 Druckkn.	4.75 275
Juchten-Stepper 1. Damen, 2 Dek.	1.90 150
Leinenartig, Fellenhautweiss m. schw. Kappe	125
Reine Seide, Elfenhaut, schwarz, weiss u. farb.	190
Reine Seide, Perifiled, 2 Druckknöpfe	175
Zwirn weiss 12-15 Knopf lang	60.5

Bijouterien

Brochen Blumenmuster	15 10.5
Brochen ne. rest. Muster	25.5
Ketten für Kinder, mit Herzanhänger	10.5
Ketten für Damen, bernsteinfarbig	45.5
Koralin-Ketten für Damen	65.5
Hals-Colliers mit Blumenmalerei u. Simili-stein	85 65 45.5
Rocknadeln mit starker verd. Spitze	65 35.5
Cigarrenspitzen Weichsel-Holz	20 15 10.5
Cigarrenspitzen Bernstein-Ersatz	85 75 50.5
Cigarettenspitzen Bernstein-Ersatz	50.5
Perisäckchen für Kinder z. Spielen	20 10.5

Strümpfe / Socken

Damenstrümpfe etwas durchbrochen	95.5
Damenstrümpfe Seidenflor m. Laufmasch. schwarz und farbig	125
Damenstrümpfe moderne Kleiderfarben mit Punkten	95.5
Damenstrümpfe Flor mit Blumenmuster	3.50 300
Damenstrümpfe reine Seide, schw. u. farb.	450
Damenstrümpfe hell, farbig	95 48 25.5
Herrn-Socken Maco	110 95 70.5
Herrn-Socken Wollersatz	55.5
Herrn-Socken Reine Wolle	2.50 1.90 165